

IWS-Workingpapers 2010:  
Der öffentliche Verwaltungssektor unter der Lupe



September 2010

---

Wirtschaftskammer Steiermark



Eine Publikation des Instituts für Wirtschafts- und Standortentwicklung  
O. Univ.-Prof. Dr. Franz Schrank/ Mag. Ewald Verhounig/Mag. Robert Steinegger /Mag. Simone Harder



## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1 EXECUTIVE SUMMARY .....</b>	<b>3</b>
<b>2 VERWALTUNGSAusGABEN IM ÖSTERREICHVERGLEICH .....</b>	<b>5</b>
2.1 Staatsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsproduktes .....	5
2.2 Überblick über die Landesausgaben für die Verwaltung im Bundesländervergleich .....	7
<b>3 VERWALTUNGSAusGABEN DES LANDES STEIERMARK .....</b>	<b>8</b>
3.1 Verwaltungsausgaben im Detail .....	10
3.1.1 Oberste Organe .....	10
3.1.2 Amt der Landesregierung .....	13
3.1.3 Bezirkshauptmannschaften .....	18
3.1.4 Sonstige Verwaltung .....	20
3.1.5 Pensionen der Landesbediensteten (ohne LandeslehrerInnen) .....	22
<b>4 BESCHÄFTIGTE IM ÖFFENTLICHEN BEREICH UND AUSGABEN DES STAATES .....</b>	<b>25</b>
4.1 Unselbständige Beschäftigte im öffentlichen Bereich .....	25
4.1.1 Begriffliche Abgrenzung und Beschäftigungsveränderung nach ÖNACE 2008 in der Steiermark .....	25
4.1.2 Personalstand des Landes Steiermark .....	27
<b>5 HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN UND EINSPARUNGSPOTENTIAL .....</b>	<b>32</b>
5.1 Handlungsmöglichkeiten .....	32
<b>ABBILDUNGSVERZEICHNIS .....</b>	<b>36</b>
<b>TABELLENVERZEICHNIS .....</b>	<b>37</b>
<b>QUELLENVERZEICHNIS .....</b>	<b>38</b>



## 1 EXECUTIVE SUMMARY

Die österreichischen Staatsausgaben sind 2009 erheblich gestiegen. Sie erreichten im Jahr der Rezession mit **51,8 % des Bruttoinlandsproduktes** den höchsten Wert seit dem Jahr 2005. Ein Großteil des Geldes wird für die Allgemeine Öffentliche Verwaltung, die Soziale Sicherung und das Gesundheitswesen ausgegeben. Vor allem die Ausgaben für die zwei letzteren Bereiche sind stark im Steigen begriffen. Aufgrund der zunehmend alternden Bevölkerung werden die Staatsausgaben für Gesundheit und Pensionen weiter ansteigen. Nicht anders gestaltet sich die Situation in der Steiermark. Die drei großen Bereiche Verwaltung, Gesundheit und Soziales stellen auch hier die wesentlichen Kostentreiber im steirischen Landeshaushalt dar. Angesichts der finanziellen Lage bietet vor allem der Verwaltungsapparat beachtliches Einsparungspotential, vorausgesetzt es besteht der Wille zu tiefgreifenden Reformen.

Die vorliegende Analyse der Voranschlagsgruppe 0 „Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung“ des steirischen Landeshaushaltes und der Beschäftigten im öffentlichen Bereich führte zu folgenden Erkenntnissen:

- Bei den Landesausgaben im Verwaltungsbereich sind das **Amt der Landesregierung (2008 40 % der Gesamtkosten)**, die **Pensionen (30 %)** sowie die **Bezirkshauptmannschaften (19 %)** die mit Abstand **größten Kostentreiber**. Der Personalaufwand beträgt beim Amt der Landesregierung laut Voranschlag 2009/2010 durchschnittlich 130 Mio. € und bei den Bezirkshauptmannschaften 78 Mio. € pro Jahr. Damit ergibt sich ein **Personalkostenanteil von rund 65 % bzw. 81 %**.
- Die Gesamtausgaben für Verwaltung liegen in der Steiermark 2008 zwar mit 481,9 Mio. € unter jenen Oberösterreichs (570,8 Mio. €), je Erwerbsperson ist das **steirische Ausgabenniveau mit 794 € höher als das oberösterreichische mit 778 €**. Insbesondere beim Amt der Landesregierung und den Bezirkshauptmannschaften weist die grüne Mark wesentlich höhere Kosten je Erwerbsperson als Oberösterreich auf.
- Auf die **Obersten Organe**, sprich Landtag und Landesregierung, entfielen 2008 5 % der Gesamtausgaben (21,9 Mio. €). Ein Großteil der Ausgaben in diesem Bereich entsteht durch die Bezüge, Reisekosten und Pensionen der Landtagsabgeordneten bzw. Regierungsmitglieder sowie durch die Beiträge an die Landtagsklubs.
- Rund 56 % der Ausgaben für die sonstige Verwaltung werden durch die sogenannten „übrigen Einrichtungen und Maßnahmen“, die vorwiegend aus Zuwendungen an politische Parteien und Verbände bestehen, verursacht.
- Bei den untersuchten Teilbereichen sind größtenteils **Steigerungsraten, die deutlich über eine VPI - Anpassung hinausgehen**, zu beobachten.
- Während die Steiermark 2009 einen Beschäftigungsrückgang von insgesamt 2,2 % gegenüber 2008 verzeichnete, **stieg die Beschäftigung in den überwiegend öffentlichen ÖNACE-Sektoren um 2,7 % bzw. in der Kernverwaltung um 1,7 % an**.



- Der **Personalstand** ist beim Amt der Landesregierung von 2006 auf 2008 um rund 200 Personen gestiegen. Sowohl beim **Amt der Landesregierung** als auch bei den **BHs** waren per 31.12.2009 um wesentlich mehr Personen als laut Stellenplan vorgesehen war, beschäftigt.

Unter Berücksichtigung des Pressegesprächs vom 03. Mai „Wege zur Konsolidierung des Staatshaushalts“ (Aiginger, Androsch und Leitl 2010) und einer Studie des WIFO wird das **kurzfristige Einsparungspotential** in Österreich bei der Allgemeinen öffentlichen Verwaltung (beim Personal- bzw. Sachaufwand) auf **150 bzw. 70 Mio. €** geschätzt (insgesamt also 220 Mio. €). **Langfristig ruht im System österreichweit eine Effizienzreserve von bis zu 2 Mrd. €**, die es auszuschöpfen gilt.

Würden in der Steiermark nur 5 % des derzeitigen Personalaufwands im Verwaltungsbereich des Landes (**ca. 220 Mio. €** exklusive Reisegebühren) eingespart werden, ergäbe sich eine **Kostenreduktion von 11 Mio. €**. Zu den **Handlungsmöglichkeiten** der Steiermark zählen zudem

- a. die gewissenhafte Fortführung und Erweiterung des Projektes **Aufgabenkritik** in der öffentlichen Verwaltung,
- b. die Etablierung eines modernen Managementkonzepts nach oberösterreichischem Vorbild (**wirkungsorientierte Verwaltung**), um die Vision „Dienstleistungsunternehmen Land Steiermark als lernende Verwaltung“ zu realisieren,
- c. die **Einführung der Doppik** im Sinne einer transparenten Rechnungslegung als Vorstufe zu größeren Reformschritten im öffentlichen Bereich
- d. die Einrichtung **interner Kontrollsysteme**,
- e. die **Ausgliederung von Leistungen**, sofern diese von Privaten effizienter bzw. mindestens gleich effizient als von der öffentlichen Hand erbracht werden können und
- f. ein **klares politisches Bekenntnis** zu realisierbaren Reformschritten.

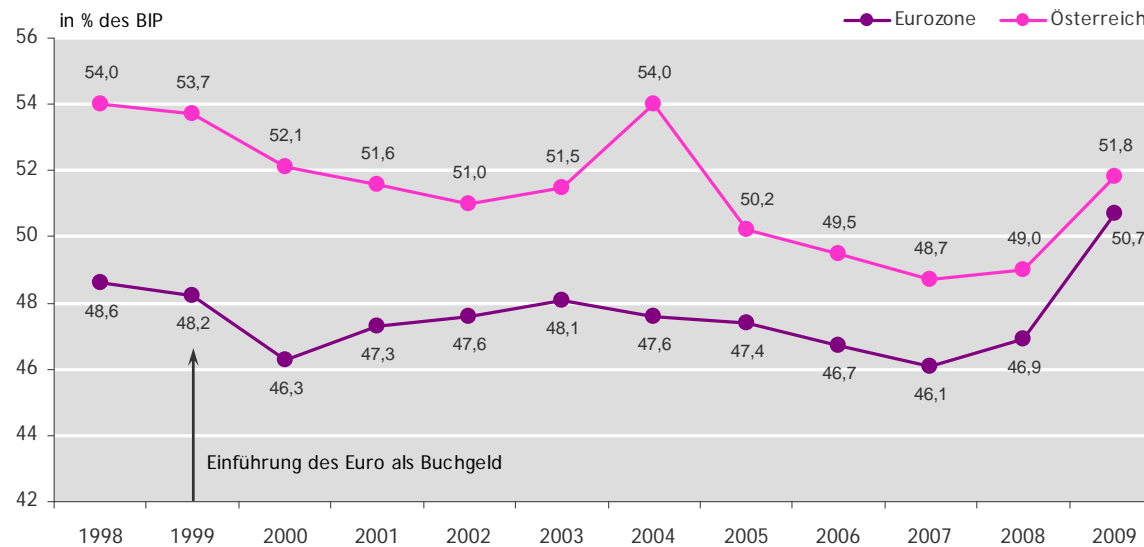


## 2 VERWALTUNGS-AUSGABEN IM ÖSTERREICHVERGLEICH

### 2.1 Staatsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsproduktes

Die Staatsausgaben in Prozent des BIP sind in Österreich seit 1998 deutlich über dem Schnitt der Länder der Eurozone, auch wenn die Differenz in den letzten Jahren etwas geringer wurde. Während mit 2005 die Ausgaben des Staates im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung bis 2007 deutlich sanken, zeichnete sich in den letzten beiden Jahren, vor allem aber im Krisenjahr 2009, ein deutlicher Aufwärtstrend ab (vgl. Abb. 1). Dieser Anstieg ist aus fiskalpolitischer Sicht kurzfristig zwar zu begrüßen, um „Keynesianische Multiplikatoreffekte“ zu bewirken, längerfristig wäre es jedoch sinnvoll, den aufgeblähten Staatsapparat wieder schlanker und effizienter zu gestalten bzw. die Staatsausgabenquote wieder auf ein Niveau von 2008 zurückzuführen, um eine dynamische, durch Individuen (und nicht den Staat) getragene, wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen<sup>1</sup>.

Abb. 1: Staatsausgaben in Prozent des BIP



Quelle: Eurostat

<sup>1</sup> Siehe dazu etwa: The Economist (2010, S. 9)



Eine nähere Betrachtung der Staatsausgaben nach COFOG (Classification of the Functions of Government) - Ausgabengruppen zeigt, dass in Österreich am meisten Staatsgelder in die **Soziale Sicherung**, das **Gesundheitswesen** sowie die **Allgemeinen Öffentlichen Verwaltung** fließt. Die nachstehende Tabelle zeigt, dass Österreich 2009 fast 42 % der Gesamtausgaben bzw. 21,5 % des BIP für die Soziale Sicherung aufwendete, sowie 16 % (oder 8,2 % des BIP) für das Gesundheitswesen und 13,2 % (oder knapp 7 % des BIP) für die Allgemeine Öffentliche Verwaltung. Auffällig ist, dass von 2006 bis 2009 die Ausgaben für die soziale Sicherung sowie dem Gesundheitswesen erheblich angestiegen sind. Alleine von 2008 auf 2009 nahmen die Ausgaben für die Soziale Sicherung um über 6 % und für das Gesundheitswesen um über 4 % zu.

Tab. 1: Struktur und Entwicklung der Staatsausgaben in Österreich von 2006 bis 2009 (in Mio. €)

	2006		2007		2008		2009	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Allgemeine öffentliche Verwaltung	18.205	14,3 %	18.797	14,3 %	18.313	13,3 %	18.962	13,2 %
Verteidigung	2.081	1,6 %	2.324	1,8 %	2.822	2,0 %	2.241	1,6 %
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	3.847	3,0 %	3.884	2,9 %	4.137	3,0 %	4.302	3,0 %
Wirtschaftlich Angelegenheiten	12.677	10,0 %	12.478	9,5 %	13.773	10,0 %	13.462	9,4 %
Umweltschutz	1.268	1,0 %	1.247	0,9 %	1.240	0,9 %	1.450	1,0 %
Wohnungswesen und kommunale Gemeinschaftsdienste	1.552	1,2 %	1.609	1,2 %	1.632	1,2 %	1.797	1,3 %
Gesundheitswesen	19.298	15,2 %	20.540	15,6 %	21.821	15,8 %	22.700	15,8 %
Freizeitgestaltung, Sport, Kultur und Religion	2.469	1,9 %	2.913	2,2 %	2.839	2,1 %	2.982	2,1 %
Bildungswesen	13.458	10,6 %	14.030	10,6 %	15.057	10,9 %	15.712	11,0 %
Soziale Sicherung	52.049	41,0 %	53.994	41,0 %	56.355	40,8 %	59.757	41,7 %
Staatsausgaben gesamt	126.904	100,0 %	131.813	100,0 %	137.990	100,0 %	143.364	100,0 %
BIP nominell	256.160		270.780		281.870		277.070	
Staatsausgaben in % des BIP	49,5 %		48,7 %		49,0 %		51,8 %	

Quelle: Statistik Austria, Eurostat



## 2.2 Überblick über die Landesausgaben für die Verwaltung im Bundesländervergleich

Die Landesausgaben der Steiermark für „Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung“ (Voranschlagsgruppe 0) liegen im Jahr 2008 im direkten Vergleich mit Oberösterreich knapp 90 Mio. € unter dem oberösterreichischem Niveau. Mit Ausnahme der Bereiche Landtag und Bezirkshauptmannschaften sind die Gesamtausgaben der Steiermark durchwegs geringer als jene des Landes Oberösterreich. Gänzlich anders gestaltet sich die Situation bei den Ausgaben je Erwerbsperson. Da die Zahl der oberösterreichischen Erwerbspersonen um knapp 130.000 jene der steirischen übersteigt, sind die Ausgaben je Erwerbsperson um 16 € niedriger als in der Steiermark. Besonders die Ausgaben je Erwerbsperson für das Amt der Landesregierung sowie die Bezirkshauptmannschaften sind hierzulande merklich höher als jene Oberösterreichs, während dort vor allem für Pensionen mehr Geld je Erwerbsperson als in der Steiermark ausgegeben wird (vgl. Tab. 2)<sup>2</sup>.

Tab. 2: Ausgaben für Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung 2008 - Steiermark und Oberösterreich im Vergleich

Ansatz	Bezeichnung	Ausgaben in 1.000 € <sup>1</sup>		Je Erwerbsperson in € <sup>2</sup>	
		Steiermark	Oberösterreich	Steiermark	Oberösterreich
00	Landtag	16.477	11.690	27	16
01	Landesregierung	5.418	9.856	9	13
02	Amt der Landesregierung	194.262	215.556	320	294
03	Bezirkshauptmannschaften <sup>3</sup>	91.948	75.043	151	102
04	Sonderämter	8.551	11.107	14	15
05	Sonstige Aufgaben der allgemeinen Verwaltung	14.062	22.139	23	30
08	Pensionen (ohne Landeslehrer), soweit nicht aufgeteilt	143.147	217.313	236	296
09	Personalbetreuung	8.003	8.130	13	11
<b>0</b>	<b>Summe Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung</b>	<b>481.868</b>	<b>570.833</b>	<b>794</b>	<b>778</b>

<sup>1</sup> Die Ausgaben der Steiermark umfassen die ordentlichen und die außerordentlichen Ausgaben. Der oberösterreichische Rechnungsabschluss sieht keine Trennung zwischen ordentlichem und außerordentlichem Haushalt vor.

<sup>2</sup> Zahl der Erwerbspersonen 2008: Steiermark - 607.038, Oberösterreich - 733.408

<sup>3</sup> In Oberösterreich gibt es 15 Bezirkshauptmannschaften und 444 Gemeinden, während die Steiermark vergleichsweise 16 Bezirkshauptmannschaften und um knapp 100 Gemeinden mehr, nämlich 542, zählt.

Quelle: Rechnungsabschlüsse Oberösterreichs und der Steiermark 2008

<sup>2</sup> Aufgrund der Tatsache, dass in der Kameralistik jedoch keine Rückstellungen für Pensionen in zukünftigen Perioden gebildet werden, ist diese Feststellung nicht sehr aussagekräftig.

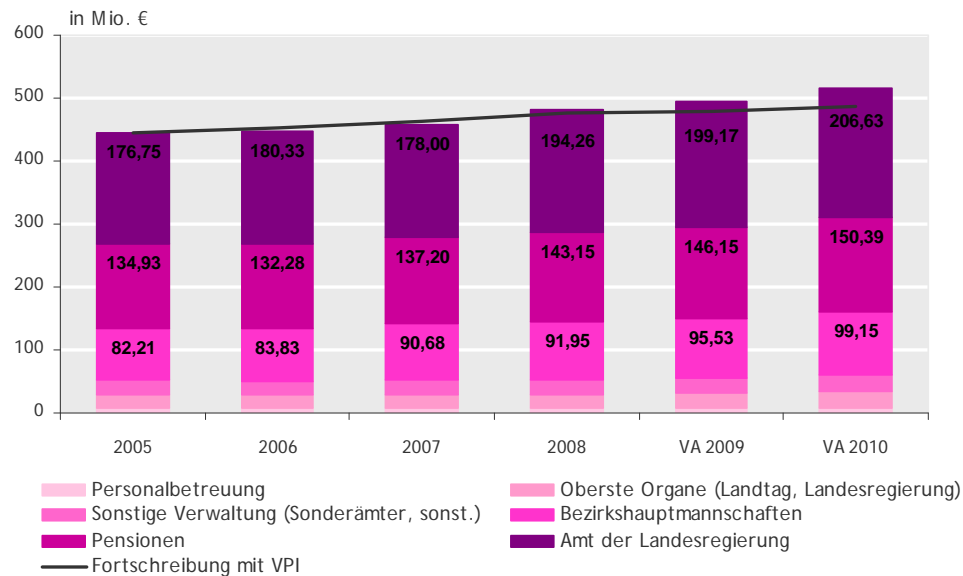


### 3 VERWALTUNGS-AUSGABEN DES LANDES STEIERMARK

Die **Verwaltungsausgaben** finden sich in der Voranschlagsgruppe 0 „Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung“, die sich in folgende Teilbereiche untergliedert:

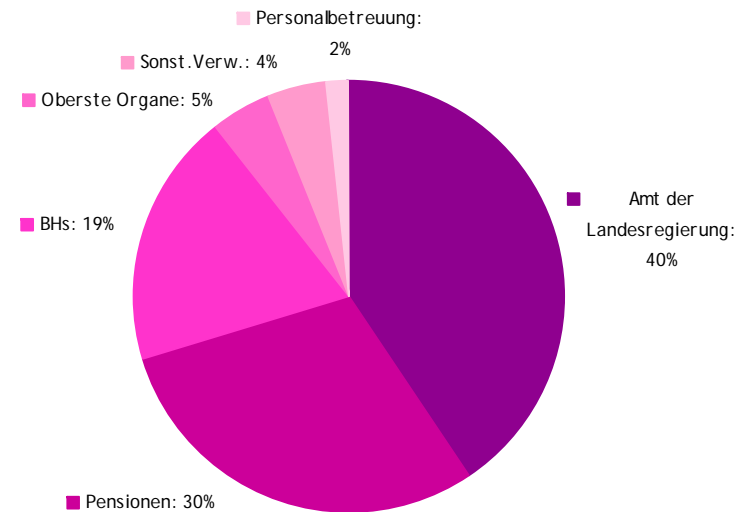
- Obersten Organe (Ansatz 00 „Landtag“ und Ansatz 01 „Landesregierung“),
- Amt der Landesregierung (Ansatz 02),
- Bezirkshauptmannschaften (Ansatz 03),
- sonstige Verwaltung (hier definiert als Ansatz 04 „Sonderämter“ und Ansatz 05 „Sonstige Aufgaben der allgemeinen Verwaltung“),
- Pensionen der Landesverwaltung (ohne LandeslehrerInnen) (Ansatz 08),
- Personalbetreuung (Ansatz 09).

Abb. 2: Struktur der Bruttoverwaltungs-ausgaben - Entwicklung 2005-2010\*



Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Abb. 3: Struktur der Bruttoverwaltungs-ausgaben 2008 (Anteile in Prozent)



Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

\*Die Inflationsraten entwickelten sich von 2006 bis 2009 wie folgt: 2006: 1,5 %, 2007: 2,2 %, 2008: 3,6 %, 2009: 0,5 %. Für 2010 geht das Wifo von einer Teuerungsrate von 1,4 % aus. Diese Werte bilden die Grundlage aller in diesem Dokument dargestellten VPI - Anpassungsberechnungen.





Wie aus Abb. 2 (S. 8) und Tab. 3 (siehe nachstehende Tabelle) ersichtlich wird, sind die Bruttoverwaltungsausgaben deutlich höher, als dies eine VPI-Anpassung zugelassen hätte. Dies kommt dadurch zum Ausdruck, dass die schwarze Linie, welche die Bruttoausgaben im Falle einer Inflationsanpassung repräsentiert, gegen Ende der Zeitreihe deutlich unter den tatsächlichen Bruttoausgaben liegt.

Entsprechend der Ansätze in den Landesrechnungsabschlüssen und Voranschlägen des Landes Steiermark gestaltet sich die **Struktur der Bruttoverwaltungsausgaben**: Mit 40 % entfällt im Jahr 2008 der größte Anteil auf das Amt der Landesregierung, gefolgt von den Pensionen mit knapp 30 %. Die Bezirkshauptmannschaften (kurz BHS) sind für gut 19 %, die Obersten Organe für rund 5 % und die Sonstige Verwaltung für 4 % der Bruttoausgaben verantwortlich. Der geringste Teil von knapp 2 % entsteht durch die Personalbetreuung unter Ansatz 09. Zur Personalbetreuung zählen u. a. Bezugsvorschüsse und Darlehen, die Personalaus- und Fortbildung, Erholungsaktionen, die Gemeinschaftspflege, die Kranken- und Sterbefürsorge sowie sonstige Einrichtungen und Maßnahmen. An dieser Stelle sollte festgehalten werden, dass der Teilbereich „Personalbetreuung“ nicht nur Ausgaben für das Personal enthält, sondern auch den finanziellen Aufwand für beispielsweise die Instandhaltung von Gebäuden und Grundstückseinrichtungen, sowie für Miet- und Pachtzinse. Der reine Personalaufwand beläuft sich innerhalb der Personalbetreuung (Ansatz 09) auf rund 4 Mio. € (die Hälfte der gut 8 Mio. € an Gesamtausgaben in diesem Bereich).

Betrachtet man die **Gesamtentwicklung der Bruttoverwaltungsausgaben** (vgl. nachstehende Tab. 3), so ist von 2005 bis 2010 ein deutlicher Aufwärtstrend zu erkennen. In der Zeitspanne 2005 - 2010 (Voranschlag) stiegen die Gesamtausgaben von 445,78 auf 516,45 Mio. € bzw. um 15,9 %. Die deutlichste Zunahme verzeichneten die sonstige Verwaltung (+ 22,6 %) sowie die Bezirkshauptmannschaften (+20,6 %), gefolgt vom Amt der Landesregierung, wofür 2010 um 16,9 % mehr Ausgaben als noch 2005 geplant sind. Auch die obersten Organe sind durch eine steigende Ausgabendynamik gekennzeichnet. Auffällig ist, dass die meisten Bereiche (außer die Personalbetreuung) Steigerungsraten, die über jenen des Verbraucherpreisindex liegen, aufweisen (siehe Detailanalyse unten).

Die Ursachen für die steigende Ausgabendynamik im Verwaltungsbereich werden in der nachstehenden Analyse der Teilbereiche näher erläutert.

Tab. 3: Veränderung der Bruttoausgaben von 2005 auf 2010

Bezeichnung	Bruttoausgaben in Mio. €		Prozentuelle Veränderung	Veränderung VPI 2005/2010 in %
	RA 2005	VA 2010		
Obersten Organe	22,03	25,12	+ 14,0	+ 9,09
Amt der Landesregierung	176,74	206,63	+ 16,9	+ 9,09
Bezirkshauptmannschaften	82,21	99,15	+ 20,6	+ 9,09
Sonstige Verwaltung	22,12	27,13	+ 22,6	+ 9,09
Pensionen der Landesverwaltung	134,93	150,39	+ 11,5	+ 9,09
Personalbetreuung	7,75	8,03	+ 3,6	+ 9,09
<b>Summe</b>	<b>445,78</b>	<b>516,45</b>	<b>+ 15,9</b>	<b>+ 9,09</b>

Quelle: Rechnungsabschluss 2005 und Voranschlag 2010 des Landes Steiermark



## 3.1 Verwaltungsausgaben im Detail

### 3.1.1 Oberste Organe

Der Überbegriff „**Oberste Organe**“ bezieht sich auf den

- Landtag (Ansatz 00) und
- die Landesregierung (Ansatz 01).

Der steiermärkische **Landtag** wird für fünf Jahre gewählt und besteht aus 56 Mitgliedern bzw. Abgeordneten. Ihm obliegt die Gesetzgebung des Landes, wobei gemäß § 14 Abs. 2 des Landes Verfassungsgesetzes (L. VG) besonders zur Einführung, Änderung oder Aufhebung von Landesabgaben sowie zur Aufnahme von Anleihen des Landes gegen Ausgabe von Teilschuldverschreibungen Landesgesetze notwendig sind. Zu den Aufgaben des steirischen Landtages zählen zudem die Budgethoheit, sowie die Wahl und Überprüfung der steiermärkischen Landesregierung (vergleiche § 16, § 17 und § 28 L. VG).

Die **Landesregierung** besteht aus insgesamt neun Regierungsmitgliedern – dem Landeshauptmann bzw. der Landeshauptfrau, seinen zwei StellvertreterInnen und sechs LandesrätInnen. Die Landesregierung ist für die gewöhnlichen Verwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landesfonds und der Landesanstalten zuständig (§ 31 Abs. 1 L. VG). Die Aufteilung der Geschäfte auf die einzelnen Regierungsmitglieder erfolgt nach der beschlossenen Geschäftsverteilung der steiermärkischen Landesregierung.<sup>3</sup>

#### 3.1.1.1. Ausgaben und Einnahmen im Bereich der Obersten Organe

Die **Gesamtausgaben** für den steirischen Landtag und die Landesregierung beliefen sich 2008 auf 21,9 Mio. €. Davon entfielen rund 75,3 % auf den Landtag und 24,7 % auf die Landesregierung.

Die **Bruttoausgaben für den steirischen Landtag** (vgl. Abb. 4 und 5 auf S. 11 und Tab. 4 auf S. 12) beinhalten den finanziellen Aufwand für:

- Sonstige Allgemeine Angelegenheiten (Bezüge und Reisekosten sowie Pensionen der Landtagsabgeordneten, Beiträge an die Landtagsklubs gemäß § 8 PFG, sonstiges),
- die Landtagsklubsekretariate (Personalaufwand, Reisegebühren etc.),
- die Landtagswahl (Druckwerke, Wahlkostenersätze an Gemeinden),
- das Landtagsamt (Personalaufwand, Reisegebühren, Büromaterial etc. im Rahmen der Landtagsdirektion) und
- den Landesrechnungshof (Bezüge und Reisekosten der Direktoren, Personalaufwand, Rechts- und Beratungskosten etc.).

---

<sup>3</sup> Vgl. Homepage des Landes Steiermark: [www.steiermark.at](http://www.steiermark.at).



Ein Großteil der Landtagsausgaben (66 % im Jahr 2008) entsteht durch die sonstigen allgemeinen Angelegenheiten, sprich durch die Bezüge und Reisekosten der Landtagsabgeordneten (2008: 4,6 Mio. €), die Pensionen der Landtagsabgeordneten (2008: 2,8 Mio. €), die Beiträge an die Landtagsklubs (2008: 2,8 Mio. €) sowie durch sonstige Posten (2008: 0,7 Mio. €). In Summe bilden die sonstigen allgemeinen Angelegenheiten rund 50 % der gesamten Bruttoausgaben für die Obersten Organe.

Deutlich geringer sind die **Bruttoausgaben für die Landesregierung**. Allerdings verursachen auch in diesem Fall die Bezüge, Aufwandsentschädigungen und Reisekosten sowie die Pensionen einen Großteil der Ausgaben. Rund 3,5 Mio. € wurden hierfür im Jahr 2008 seitens des Landes aufgewendet (Bezüge, Aufwandsentschädigungen und Reisekosten 2008: 1,8 Mio. €, Pensionen 2008: 1,7 Mio. €).

Abb. 4: Bruttoausgaben für den Landtag und die Landesregierung 2005-2010

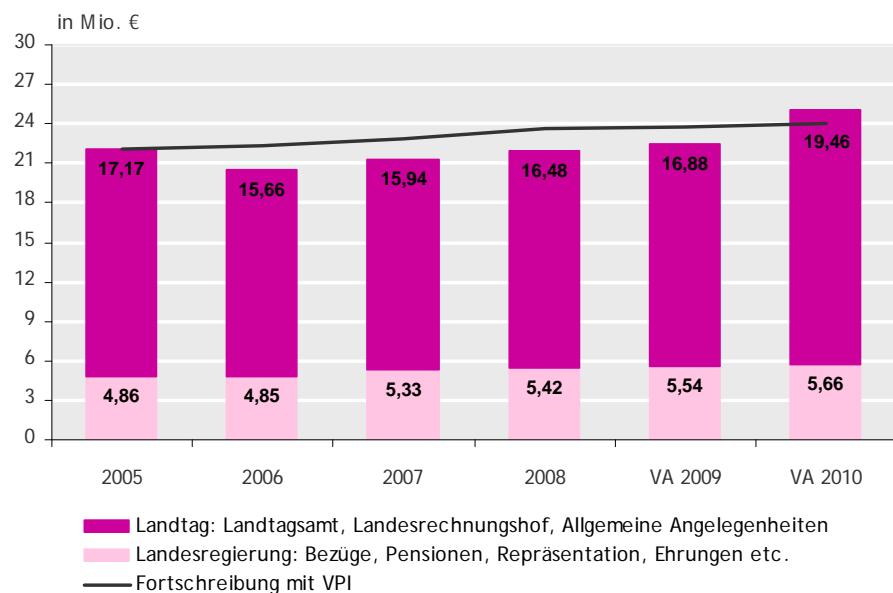
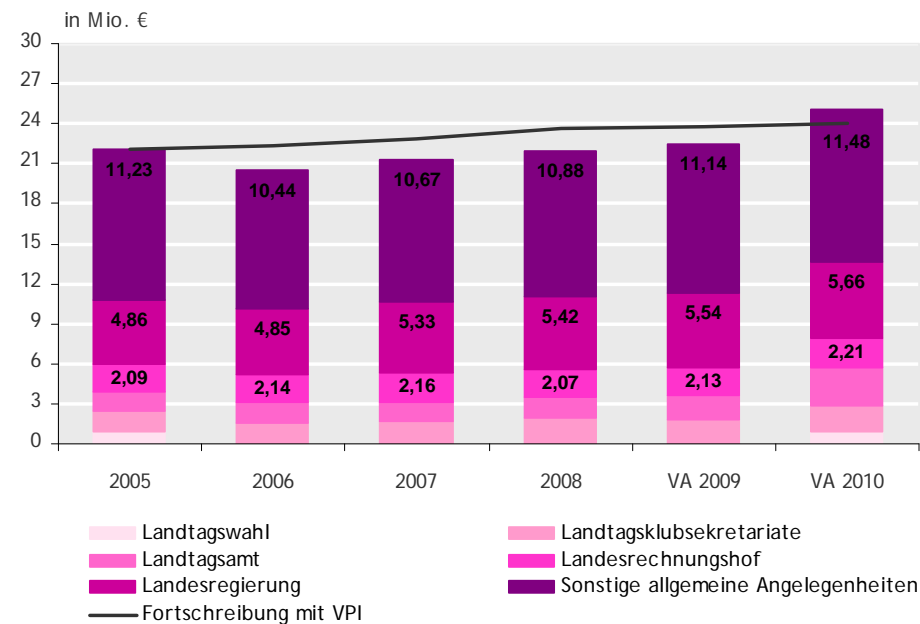


Abb. 5: Struktur der Bruttoausgaben für die Obersten Organe 2005-2010 im Detail



Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Wirft man einen Blick auf die Ausgabendynamik so erkennt man, dass die Fortschreibung mit dem VPI in den Jahren 2006 bis 2009 sogar über den tatsächlichen Ausgaben liegt. Lediglich im Jahr 2010 soll ein deutlicher Anstieg der Bruttoausgaben - über das Niveau der Fortschreibung - erfolgen. Der Grund für diese sprunghafte Zunahme sind u. a. die gesteigerten Ausgaben im Rahmen des Landtagsamtes.



Die nachstehenden Tabellen fassen die in Abb. 4 und 5 dargestellte Struktur der Bruttoausgaben noch einmal tabellarisch zusammen:

Tab. 4: Übersicht der Bruttoausgaben für den steirischen Landtag 2005-2010

Bruttoausgaben in Mio. €	2005	2006	2007	2008	VA 2009	VA 2010
Allgemeine Angelegenheiten	13,63	12,06	12,38	12,83	13,01	14,37
<i>Sonstige allgemeine Angelegenheiten</i>	11,23	10,44	10,67	10,88	11,14	11,48
<i>Landtagsklubsekretariate</i>	1,46	1,62	1,71	1,95	1,87	1,94
<i>Landtagswahl</i>	0,95	0,00	0,00	0,00	0,00	0,95
Landtagsamt	1,45	1,46	1,41	1,58	1,75	2,88
Landesrechnungshof	2,09	2,14	2,16	2,07	2,13	2,21
<b>Summe Landtag</b>	<b>17,17</b>	<b>15,66</b>	<b>15,94</b>	<b>16,48</b>	<b>16,88</b>	<b>19,46</b>

Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Tab. 5: Übersicht der Bruttoausgaben für die steirische Landesregierung 2005-2010

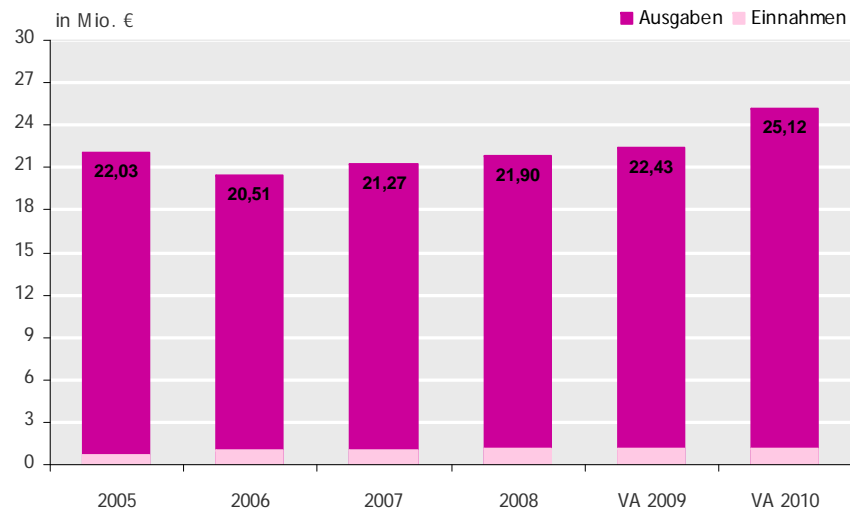
Bruttoausgaben in Mio. €	2005	2006	2007	2008	VA 2009	VA 2010
Allgemeine Angelegenheiten, hiervon	3,72	3,75	3,70	3,91	4,05	4,16
<i>Bezüge, Aufwandsentschädigungen, Reisekosten</i>	1,6	1,7	1,7	1,8	1,8	1,9
<i>Pensionen</i>	1,7	1,6	1,7	1,7	1,8	1,8
Repräsentation	0,82	0,82	1,36	1,26	1,22	1,22
Ehrungen und Auszeichnungen	0,32	0,28	0,27	0,26	0,27	0,27
<b>Summe Landesregierung</b>	<b>4,86</b>	<b>4,85</b>	<b>5,33</b>	<b>5,42</b>	<b>5,54</b>	<b>5,66</b>

Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark



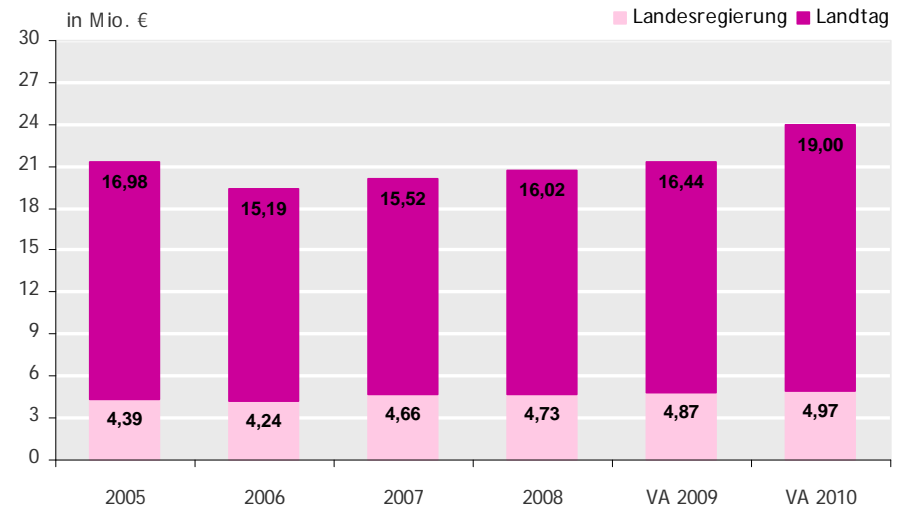
Die **Einnahmen** unter Ansatz 00 und 01 – vorwiegend bestehend aus Beiträgen und Rückersätzen – decken nur einen Bruchteil der Ausgaben ab. Im Jahr 2008 beliefen sich diese auf knapp 1,2 Mio. €. Bei Bruttoausgaben in der Höhe von 21,9 Mio. € werden somit nur 5,2 % durch entsprechende Einnahmen gedeckt. Für die Nettoausgaben (Ausgaben weniger Einnahmen) bedeutet dies, dass diese nur geringfügig niedriger sind als die Bruttoausgaben (vgl. Abb. 6 und Abb. 7).

Abb. 6: Obersten Organe - Einnahmen und Ausgaben 2005-2010



Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Abb. 7: Nettoausgaben für die Obersten Organe 2005-2010



Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

### 3.1.2 Amt der Landesregierung

Das **Amt der Landesregierung** (Ansatz 02) ist der Geschäftsapparat der Landesregierung und untersteht dem Landeshauptmann bzw. der Landeshauptfrau. Es ist u. a. für die Vollziehung von Landesgesetzen sowie die Umsetzung von Bundesrechten verantwortlich. Darüber hinaus erfüllt es eine Reihe von verschiedenen Aufgaben. Dazu zählen beispielsweise die Raumordnung und Raumplanung, die Öffentlichkeitsarbeit sowie der eigentliche Amtsbetrieb.<sup>4</sup> Das Amt der

<sup>4</sup> Vgl. Homepage des Landes Steiermark: [www.steiermark.at](http://www.steiermark.at).



Landesregierung ist mit 40 % der Bruttoverwaltungsausgaben der größte Kostentreiber in der Landesverwaltung (Abb. 2). Die Ausgabenkategorien lassen sich grob in folgende untergliedern:

Tab. 6: Amt der Landesregierung - Ordentliche Bruttoausgaben

Ansatz	Bezeichnung	2005	2006	2007	2008	VA 2009	VA 2010
020	Allgemeine Angelegenheiten	145,4	148,6	148,4	158,7	169,0	175,4
021	Information und Dokumentation	8,5	8,1	7,8	13,6	7,0	7,1
022	Raumordnung und Raumplanung	4,3	5,2	3,6	4,7	3,4	3,4
023	Aufgabenerfüllung durch Dritte	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
024	Aufgabenerfüllung für Dritte	16,7	16,4	16,0	15,1	16,9	17,6
<b>02</b>	<b>Summe ordentliche Bruttoausgaben</b>	<b>175,3</b>	<b>178,7</b>	<b>176,2</b>	<b>192,4</b>	<b>196,8</b>	<b>204,0</b>

Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Der Vollständigkeit halber werden neben den ordentlichen auch die außerordentlichen Bruttoausgaben (Ausgaben aufgrund nicht voraussehender Bedarfe, welche in unregelmäßigen Abständen anfallen) zu den Gesamtausgaben hinzugezählt. Außerordentliche Ausgaben sind beim Amt der Landesregierung vorwiegend Baukosten sowie Beiträge an Gemeinden im Rahmen der „Bauinitiative Steiermark“.

Tab. 7: Amt der Landesregierung - Gesamtausgaben

	2005	2006	2007	2008	VA 2009	VA 2010
Ordentliche Bruttoausgaben Amt der Landesregierung	175,27	178,72	176,20	192,44	196,76	203,98
Außerordentliche Bruttoausgaben	1,47	1,61	1,81	1,83	2,41	2,66
<b>Summe Bruttoausgaben</b>	<b>176,74</b>	<b>180,33</b>	<b>178,02</b>	<b>194,26</b>	<b>199,17</b>	<b>206,63</b>
Bruttoausgaben bei Anpassung an Inflationsrate ab 2006	176,74	179,39	183,34	189,21	190,15	192,82

Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Die Ausgaben für Allgemeine Angelegenheiten machen insgesamt rund 86 % der Gesamtausgaben aus, weshalb dieser Ansatz wie folgt im Detail aufgeschlüsselt wird (vgl. Tab. 8 unten): Die größten Kostentreiber beim Amt der Landesregierung sind also a) der *Amtsbetrieb* (größtenteils Personalaufwand: > 96 % inklusive Reisegebühren und zug. Bedienstete im VA 2009/2010, geringer Anteil Sachaufwand), b) die *Amtsgebäude* (etwa 50 % davon sind Mietzahlungen für die von der Landesimmobilien-GesmbH - LIG angemieteten Amtsgebäude; der Rest sind neben sonstigen Miet- und Pachtzinsen unter anderem Instandhal-



tungs- und Energiekosten) und c) die *Elektronische Datenverarbeitung* (Ersatzinvestitionen, Instandhaltungskosten, Entgelte für Leistungen von Firmen, Softwarelizenzen etc.).

Tab. 8: Amt der Landesregierung - Ausgaben für Allgemeine Angelegenheiten in Mio. €

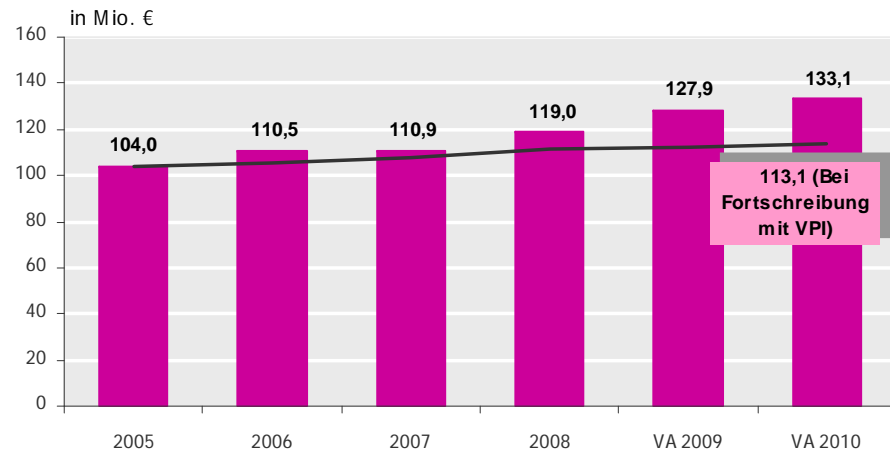
Ansatz	Bezeichnung	2005	2006	2007	2008	VA 2009	VA 2010
0200	Amtsbetrieb (enthält Personalaufwand)	116,46	120,74	121,05	128,64	137,40	142,67
0201	Amtsgebäude	13,60	14,56	16,54	18,52	18,23	19,21
0202	Dienstkraftwagenbetriebe	1,29	1,74	1,38	2,11	1,44	1,54
0203	Elektronische Datenverarbeitung	9,95	8,83	8,31	7,91	9,46	9,49
0204	Bauleitungs- und Projektierungskosten für den Landes- und Gemeindehochbau	0,44	0,49	0,17	0,28	0,58	0,58
0205	Bauwirtschaftliche Studien	0,02	0,02	0,02	0,01	0,02	0,02
0206	Geographisches Informationssystem Steiermark - GIS-STMK	0,46	0,30	0,31	0,67	1,22	1,22
0207	Telekommunikationsinitiative Steiermark	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02
0208	Maßnahmen der Organisation	0,04	0,09	0,23	0,14	0,25	0,25
0209	Sonstige Angelegenheiten des Amtes	3,06	1,84	0,40	0,38	0,44	0,44
020	<b>Summe Allgemeine Angelegenheiten in Mio. €</b>	<b>145,36</b>	<b>148,63</b>	<b>148,43</b>	<b>158,68</b>	<b>169,05</b>	<b>175,44</b>

Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Insgesamt macht der **Personalaufwand** (exkl. Reisegebühren und zugewiesene Bedienstete), der am Ansatz 020 „Allgemeine Angelegenheiten“ verbucht wird, laut VA 2009/2010 rund **65 % aller ordentlichen Kosten**, bzw. in absoluten Zahlen im Durchschnitt 2009 und 2010 beträchtliche **130 Mio. €** aus. Die Entwicklung des Personalaufwandes (exkl. Reisegebühren und zugewiesene Bedienstete) ist seit 2005 beinahe kontinuierlich im Steigen begriffen. In der Tat wird der Personalaufwand im Jahr 2010 laut Voranschlag um 29,1 Mio. € höher sein als noch 2005. Relativ betrachtet lag der Personalaufwand im Jahr 2005 noch knapp unter 60 % der Gesamtausgaben beim Amt der Landesregierung (vgl. Abb. 9, S. 16). Hätte sich der Personalaufwand an die Inflationsrate angepasst verändert, so käme er unter der Annahme einer prognostizierten Inflationsrate von 1,4 % für 2010 (vgl. WIFO Prognose vom März 2010) bei rund 113,1 Mio. € zu liegen (vgl. Abb. 8 auf der nächsten Seite). Der steigende Personalaufwand scheint aufgrund der Tatsache, dass beim Amt der Landesregierung 2008 bereits um 400 Personen mehr, als laut Stellenplan vorgesehen war, beschäftigt waren, wenig verwunderlich. Zudem stieg der Personalstand alleine von 2006 auf 2008 am Amt der Landesregierung um rund 200 Personen (siehe Abschnitt 4.1.2 - Personalstand des Landes Steiermark).

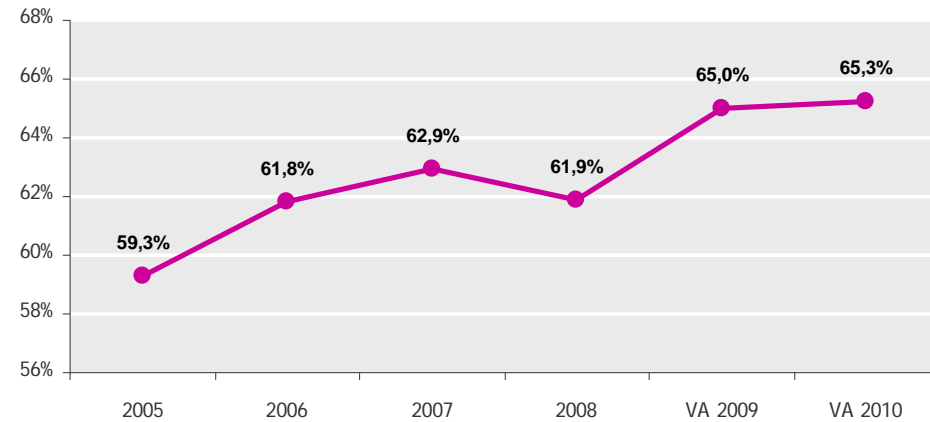


Abb. 8: Personalaufwand Amt der Landesregierung (exkl. Reisegebühren und zugewiesene Bedienstete) in Mio. €



Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Abb. 9: Amt der Landesregierung - Anteil des Personalaufwandes (exkl. Reisegebühren und zugewiesene Bedienstete) an den Gesamtausgaben



Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Werden die Ausgaben mit den Einnahmen saldiert, lassen sich die **Nettoausgaben** ermitteln: Bei den „Allgemeinen Angelegenheiten“ sind auf der Einnahmenseite insbesondere der Amtsbetrieb sowie die Amtsgebäude hervorzuheben: Beim Amtsbetrieb werden etwa Beträge der KAGes für die Bezugsliquidierung oder Bezugsersatzungen für zugewiesene Bedienstete verbucht. Bei den Amtsgebäuden finden sich Mietzinsen sowie diverse Rückersätze (wie Ausgaben für Instandhaltungskosten) bei den Einnahmen. Die Einnahmen am Ansatz „sonstige Angelegenheiten des Amtes“ stellen in den Jahren 2005 und 2006 Erträge aus der Auflösung von Gebührenstellungen dar. Die mit Abstand höchsten Einnahmen werden am Ansatz „Aufgabenerfüllung für Dritte“ lukriert: Dies sind größtenteils Ersatzzahlungen der bevorschussten Personalausgaben für die Heime der Sozialhilfeverbände. Die Entwicklung der Gesamteinnahmen ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich: Die außerordentlichen Einnahmen im RA 2005 in der Höhe von knapp 6 Mio. € finden sich unter der Bezeichnung „Entnahme aus der Rücklage E-Government“ wieder. Die **Nettoausgaben** steigen beim Amt der Landesregierung mit einer gewissen Dynamik an. Dafür ist insbesondere der steigende Personalaufwand verantwortlich (vgl. Abb. 10 auf der nächsten Seite).

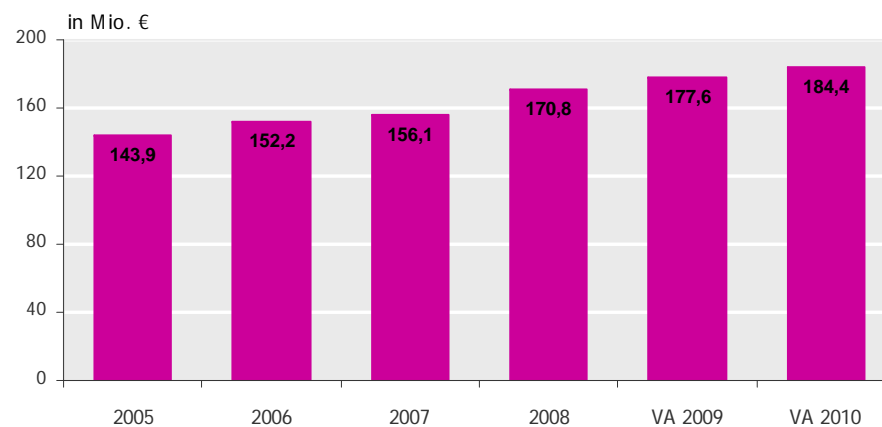




Tab. 9: Amt der Landesregierung - Entwicklung der Einnahmen in Mio. €

Ansatz	Bezeichnung	RA 2005	RA 2006	RA 2007	RA 2008	VA2009	VA2010
0200	Amtsbetrieb	3,43	3,81	4,01	4,53	3,64	3,64
0201	Amtsgebäude	1,40	0,93	0,91	2,11	0,76	0,76
0202	Dienstkraftwagenbetriebe	0,10	0,16	0,14	0,21	0,07	0,07
0203	Elektronische Datenverarbeitung	0,27	0,14	0,27	0,21	0,09	0,09
0206	Geographisches Informationssystem Steiermark - GIS-STMK	0,29	0,01	0,01	0,14	0,01	0,01
0209	Sonstige Angelegenheiten des Amtes	3,97	6,08	0,08	0,08	0,08	0,08
<b>20</b>	<b>Summe Allgemeine Angelegenheiten</b>	<b>9,47</b>	<b>11,12</b>	<b>5,41</b>	<b>7,27</b>	<b>4,66</b>	<b>4,66</b>
<b>21</b>	<b>Summe Information und Dokumentation</b>	<b>0,47</b>	<b>0,40</b>	<b>0,50</b>	<b>0,43</b>	<b>0,34</b>	<b>0,34</b>
<b>22</b>	<b>Summe Raumordnung und Raumplanung</b>	<b>0,30</b>	<b>0,40</b>	<b>0,11</b>	<b>0,76</b>	<b>0,04</b>	<b>0,04</b>
<b>24</b>	<b>Summe Aufgabenerfüllung für Dritte</b>	<b>16,65</b>	<b>16,24</b>	<b>15,90</b>	<b>15,01</b>	<b>16,53</b>	<b>17,21</b>
	<b>Summe ordentliche Einnahmen</b>	<b>26,89</b>	<b>28,15</b>	<b>21,93</b>	<b>23,50</b>	<b>21,57</b>	<b>22,25</b>
	<b>Summe außerordentliche Einnahmen</b>	<b>5,99</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
	<b>Summe Einnahmen (o. und ao.) in Mio. €</b>	<b>32,88</b>	<b>28,15</b>	<b>21,93</b>	<b>23,50</b>	<b>21,57</b>	<b>22,25</b>

Abb. 10: Amt der Landesregierung - Entwicklung der Nettoausgaben (Ausgaben minus Einnahmen) in Mio. €



Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark



### 3.1.3 Bezirkshauptmannschaften

Die **Bezirkshauptmannschaften** (Ansatz 03) sind vom Land eingerichtete Bezirksverwaltungsbehörden. In der Steiermark existieren 16 Bezirkshauptmannschaft mit einem Sitz in Bruck an der Mur, Deutschlandsberg, Feldbach, Fürstenfeld, Graz, Hartberg, Judenburg, Knittelfeld, Leibnitz, Leoben, Liezen, Mürz-zuschlag, Murau, Bad Radkersburg, Voitsberg und Weiz (§ 1 Abs. 1 und 3 steiermärkisches Bezirkshauptmannschaftengesetz). Für die personellen und sachlichen Erfordernisse der BHs hat die Landesregierung nach dienst- und haushaltsrechtlichen Vorschriften Vorsorge zu treffen (§ 5 steiermärkisches Bezirkshauptmannschaftengesetz).

Die BHs sind mit rund einem Fünftel der Bruttoverwaltungsausgaben nach dem Amt der Landesregierung und den Pensionen der drittgrößte Kostentreiber in der Landesverwaltung (Abb. 3). Die Ausgabenkategorien lassen sich grob in folgende untergliedern:

Tab. 10: BHs - Entwicklung der Bruttoausgaben

Ansatz	Bezeichnung	2005	2006	2007	2008	VA 2009	VA 2010
030000	Leistungen für das Personal	68,13	57,39	58,98	61,14	63,13	65,63
030001	Amtssachaufwand	1,35	1,40	1,48	1,46	1,28	1,28
030003	Anlagen	0,24	0,36	0,24	0,26	0,33	0,33
030008	Sonstige Sachausgaben, Pflichtausgaben	4,57	5,69	9,25	7,16	9,40	9,40
030010	Baubezirksleitungen	0,00	11,85	12,66	13,64	13,21	13,75
030018	Leasingfinanzierungen	1,32	1,33	1,34	1,35	1,41	1,41
030020	Amtsgebäude	0,53	0,83	1,03	0,72	1,21	1,23
030038	Von der Landesimmobilien-GesmbH. (LIG) angemietete Amtsgebäude	6,07	4,72	5,70	6,22	5,57	6,13
	<b>Summe ordentliche Ausgaben</b>	<b>82,21</b>	<b>83,56</b>	<b>90,68</b>	<b>91,95</b>	<b>95,53</b>	<b>99,15</b>
	<b>Außerordentliche Ausgaben</b>	<b>0,00</b>	<b>0,27</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
	<b>Summe Ausgaben für BHs</b>	<b>82,21</b>	<b>83,83</b>	<b>90,68</b>	<b>91,95</b>	<b>95,53</b>	<b>99,15</b>
	Ausgaben für BHs bei Anpassung an Inflationsrate (ab 2006)	82,21	83,44	85,28	88,01	88,45	89,69

Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Die **Personalausgaben** (inklusive der Ausgaben für die Baubezirksleitungen, welche bis 2005 nicht separat ausgewiesen, sondern am Ansatz 030000 subsumiert waren) machen mit 81,3 % (RA 2008) mehr als vier Fünftel der Gesamtausgaben für die Bezirkshauptmannschaften aus. Konkret wurden im Jahr 2008 knapp 92 Mio. € für die BHs ausgegeben, wobei ziemlich genau zwei Drittel dieser Summe aus Personalaufwand der allgemeinen Angelegenheiten bestanden und weitere 13,5 Mio. € für Personalaufwand und Reisegebühren der Baubezirksleitung ausgegeben wurden.



Tab. 11: BHs - Entwicklung der Personalausgaben in Mio. €

Ansatz	Bezeichnung	2005	2006	2007	2008	VA 2009	VA 2010
030000	Leistungen für das Personal BHs	68,13	57,39	58,98	61,14	63,13	65,63
030010	Baubezirksleitung	0,0	11,81	12,45	13,19	13,17	13,71
030010	Reisegebühren Baubezirksleitung	0,0	0,04	0,21	0,45	0,04	0,04
	<b>Personalausgaben BHs</b>	<b>68,13</b>	<b>69,24</b>	<b>71,65</b>	<b>74,78</b>	<b>76,35</b>	<b>79,39</b>

Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Die Personalausgaben bei den BHs stiegen von 2005 auf 2010 um 16,53 Prozent, wären diese jährlich an die Inflationsrate angepasst worden, hätte sich jedoch lediglich eine Steigerung von insgesamt 9,09 Prozent (oder ein Wert von 74,32 Mio. € für 2010) ergeben.

Völlig unklar ist, warum am Ansatz 030008 - „Sonstige Sachausgaben, Pflichtausgaben“ die Druckkosten von 130.496 € auf über 3 Mio. € ab dem Jahr 2007 ansteigen (2007: 3,1 Mio. €, 2008: 3,6 Mio. €). Die gestiegenen Druckkosten sind verantwortlich für die Zunahme der Kosten auf diesem Ansatz (vgl. Tab. 10, S. 18). Die außerordentlichen Ausgaben im Jahr 2006 waren Ausgaben für Adaptierungen und größere Instandsetzungen der Amtsgebäude.

Auf der **Einnahmenseite** finden sich bei den BHs etwa folgende Positionen: Der größte Einnahmenposten trägt die Bezeichnung „Allgemeine Deckungsmittel“. Darin enthalten sind unter anderem

- a) Erlöse für Kennzeichentafeln und Plaketten,
- b) Straf gelder gem. § 37 FSG,
- c) Bauschgebühren,
- d) Verfahrenskostenersätze,
- e) Strafen nach dem Immissionsschutzgesetz-Luft, etc.

Weiters werden Rückersätze des anteiligen Personal- und Sachaufwandes durch die Sozialhilfeverbände sowie für EDV-Leistungen eingenommen. Insgesamt generieren die BHs Einnahmen in folgender Höhe (vgl. nachstehende Tabelle):

Tab. 12: Ordentliche Einnahmen der BHs in Mio. €

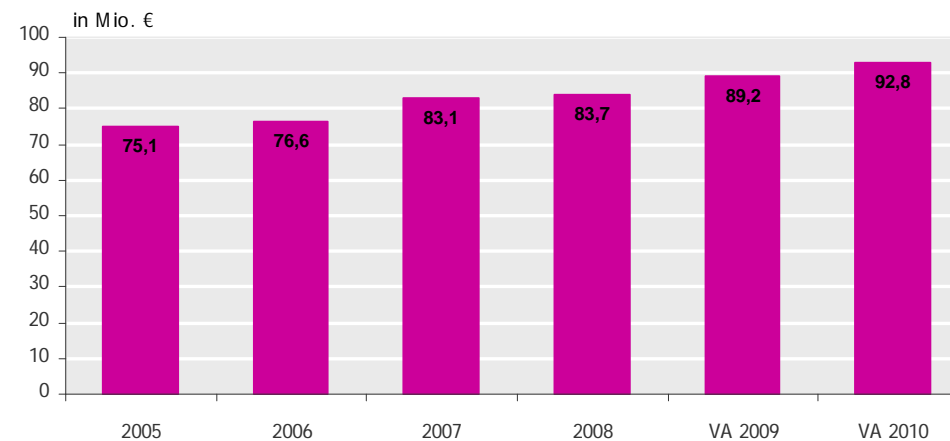
Ansatz	Bezeichnung	2005	2006	2007	2008	VA 2009	VA 2010
03	Ordentliche Einnahmen BHs in Mio. €	7,12	7,24	7,58	8,22	6,32	6,32
	davon Allgemeine Deckungsmittel	4,48	5,25	5,35	5,13	4,47	4,47
	.....in Prozent der Gesamteinnahmen	62,9	72,5	70,6	62,4	70,7	70,7

Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark



Außerordentliche Einnahmen sind bei den BHs nicht zu finden. Im Jahr 2008 waren die ordentlichen Einnahmen aufgrund in den übrigen Jahren der Zeitreihe nicht verbuchter Rückersätzen von Ausgaben, Instandhaltungskosten, Rückersätzen von Ausgaben für Miet-, Betriebs- u. Energiekosten sowie durch leicht gestiegene Rückersätze des anteiligen Personalaufwandes durch die Sozialhilfverbände etwas erhöht. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Nettoausgaben für die BHs:

Abb. 11: BHs - Entwicklung der Nettoausgaben in Mio. €



Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Die erhöhten Nettoausgaben laut Voranschlag 2009/2010 sind Großteils auf **steigende Ausgaben im Personalbereich** sowie den „Sonstigen Sachausgaben/Pflichtausgaben“ (etwa Ausgaben für Drucksorten) bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen zurück zu führen.

### 3.1.4 Sonstige Verwaltung

Die **sonstige Verwaltung** gliedert sich in

- Sonderämter (Ansatz 04) und
- Sonstige Aufgaben der allgemeinen Verwaltung (Ansatz 05).

Zu den Sonderämtern zählen die Agrarbehörden, die Grundverkehrskommissionen sowie die unabhängigen Verwaltungssenate (UVS) in den Ländern. Die sonstigen Aufgaben der allgemeinen Verwaltung umfassen im Wesentlichen Aufsichts- und Prüfungstätigkeit sowie Ausgaben bezüglich übriger Einrichtungen und



Maßnahmen (z.B. für politische Parteien, die Europaabteilung einschließlich des Steiermark-Büros in Brüssel, handwerkliche und gärtnerische Tätigkeiten für den Amtsbetrieb, etc.).

Abb. 12: Bruttoausgaben für sonstige Verwaltungsaufgaben und Sonderämter 2005-2010

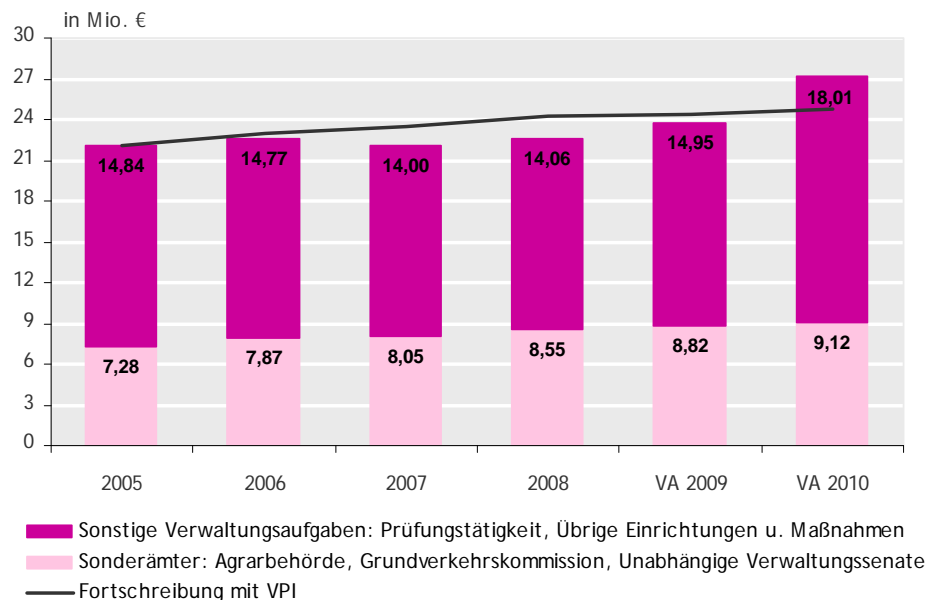
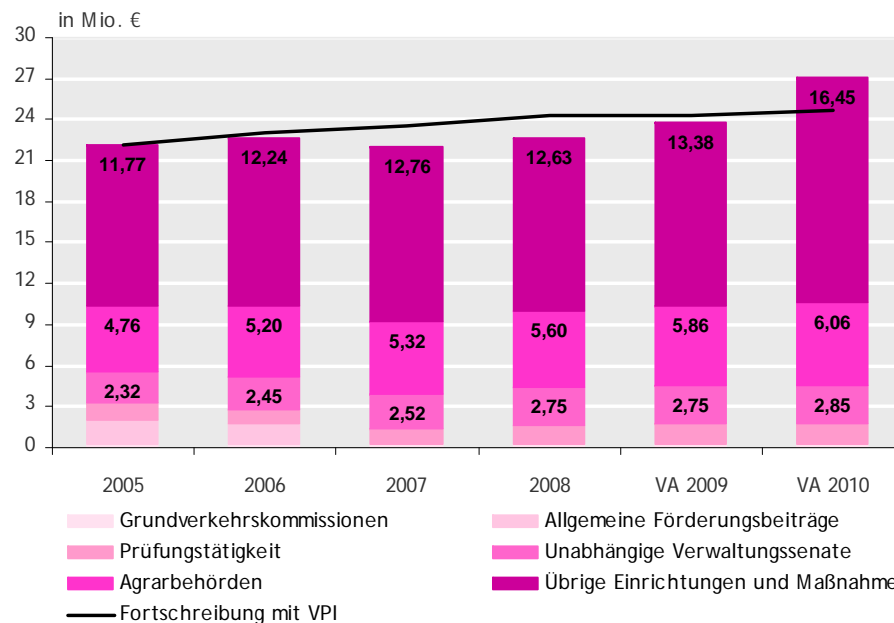


Abb. 13: Struktur der Bruttoausgaben für die sonstige Verwaltung 2005-2010 im Detail



Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

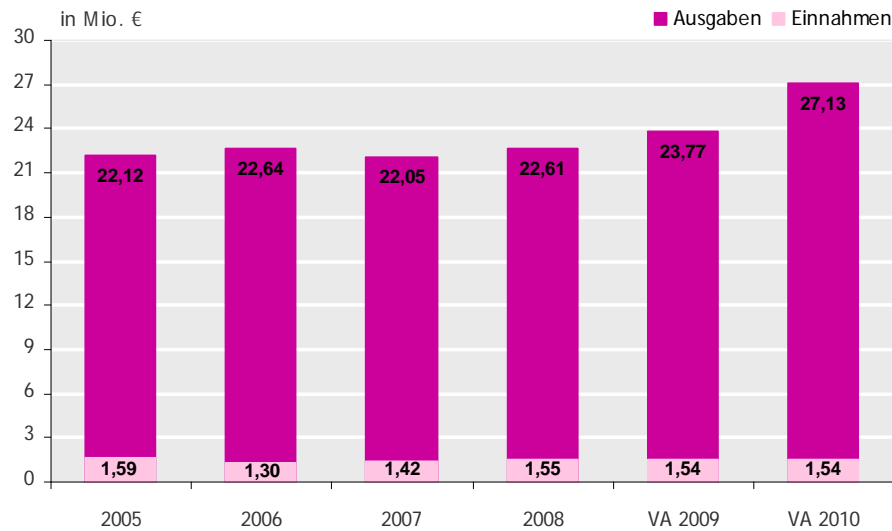
Von den **Bruttoausgaben** für die sonstige Verwaltung entfielen im Jahr 2008 37,8 % auf die Sonderämter und 62,2 % auf die sonstigen Aufgaben der allgemeinen Verwaltung. Innerhalb der sonstigen Aufgaben der allgemeinen Verwaltung sind die übrigen Einrichtungen und Maßnahmen – vor allem die Zuwendungen an die politischen Parteien und Verbände (2008: ca. 9,5 Mio. €) – für den überwiegenden Teil der Ausgaben (knapp 90 %) verantwortlich. In Relation zu den Gesamtausgaben für die sonstige Verwaltung entfallen auf diese immerhin 55,9 % (vgl. Abb. 13 auf S. 21).

Neben den Ausgaben für die übrigen Einrichtungen und Maßnahmen bilden jene für die Agrarbehörden den zweitgrößten Anteil an den Gesamtausgaben (rund 25 %). Von den 8,6 Mio. € an Ausgaben für die Sonderämter verursachen die Agrarbehörden gut 65,5 % (das sind 5,6 Mio. €) und bilden somit eine der Hauptausgabenkategorien in Ansatz 04 (vgl. Abb. 13 auf S. 21).



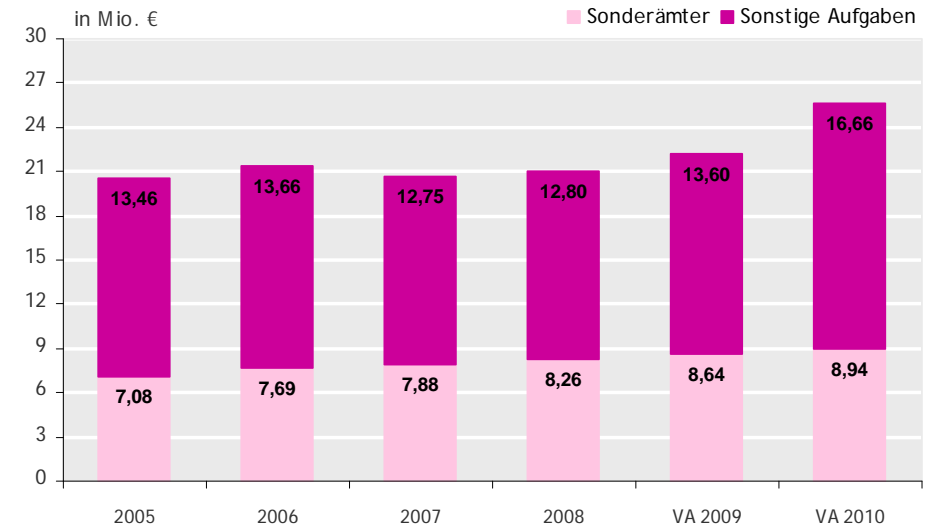
Wie bereits im Fall der Obersten Organe sind die **Einnahmen** im Rahmen der sonstigen Verwaltung verschwindend gering. Bestehend aus Ersätzen sowie Pauschal- und Prüfungsgebühren decken diese nur knapp 7 % der Gesamtausgaben ab. Mit Einnahmen von 1,6 Mio. € im Jahr 2008 lagen die **Nettoausgaben** somit bei rund 21,1 Mio. €. (vgl. Abb. 15).

Abb. 14: Sonstige Verwaltung - Einnahmen und Ausgaben 2005-2010



Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Abb. 15: Nettoausgaben für die sonstige Verwaltung



Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

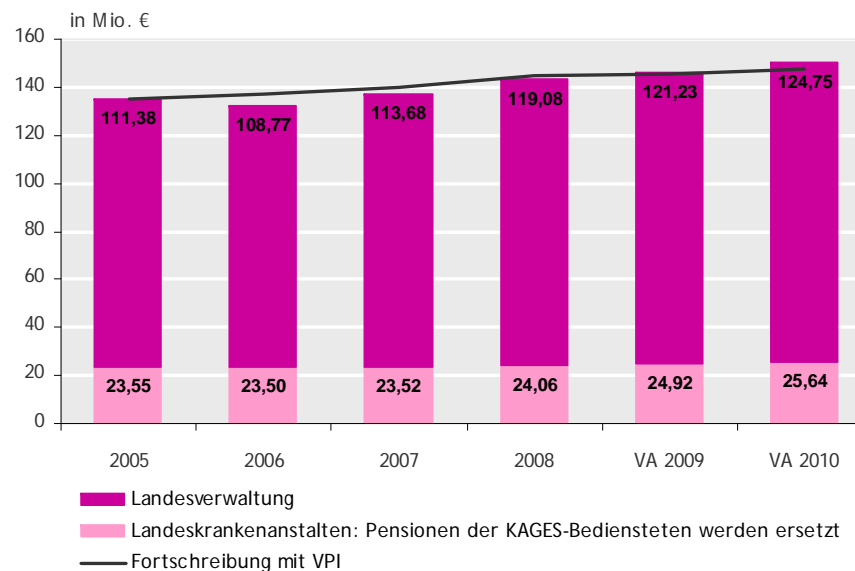
### 3.1.5 Pensionen der Landesbediensteten (ohne LandeslehrerInnen)

Die Ausgaben für die Pensionen der Landesbediensteten (Ansatz 08) spielen eine zunehmend wichtigere Rolle innerhalb des steiermärkischen Landeshaushaltes. Die folgende Zeitreihenanalyse zeigt die Entwicklung des Pensionsaufwandes für Landesbedienstete in der Landesverwaltung und den Landeskrankenanstalten ab 2005. Die Pensionsausgaben für LandeslehrerInnen (Ansatz 20) werden nicht berücksichtigt, da diese fast zur Gänze durch Pensionsbeiträge der



aktiven LandeslehrerInnen sowie durch Ersätze des Bundes<sup>5</sup> gedeckt werden und daher saldenneutral wirken. Unter diesen Voraussetzungen entfallen von den rund 143,1 Mio. € an **Bruttoausgaben** 83,2 % auf die Landesverwaltung und 16,8 % auf die Landeskrankenanstalten. Die Ausgabendynamik entspricht in etwa der Fortschreibung mit dem VPI (vgl. Abb. 16).

Abb. 16: Struktur der Bruttoausgaben für Pensionen der Landesbediensteten 2005-2010



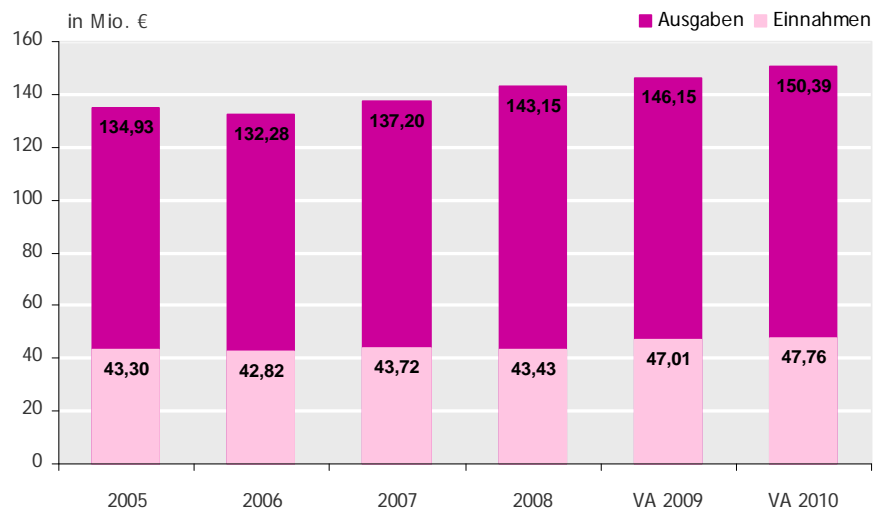
Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Anders als im Fall der LandeslehrerInnen werden die Pensionen der übrigen Landesbediensteten nicht ausschließlich durch entsprechende **Einnahmen** finanziert. Die Einnahmen bestehen im Wesentlichen aus den Pensionsbeiträgen und Kostenersätzen seitens der Steiermärkischen Krankenanstalten - GmbH (KA-Ges). An dieser Stelle ist zu berücksichtigen, dass der Pensionsaufwand für ehemalige Bedienstete der KAGES durch die Krankenanstalten - GmbH ersetzt wird und daher saldenneutral wirkt bzw. wie im Jahr 2006 bei den Landeskrankenanstalten Nettoeinnahmen in geringfügiger Höhe erzielt werden (vgl. Abb. 18).

<sup>5</sup> Gemäß § 4 Abs. 5 Finanzausgleichsgesetz (FAG) ersetzt der Bund den Ländern den Pensionsaufwand für LandeslehrerInnen in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen den Pensionsaufwand für diese Personen und den vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen und Überweisungsbeträgen.

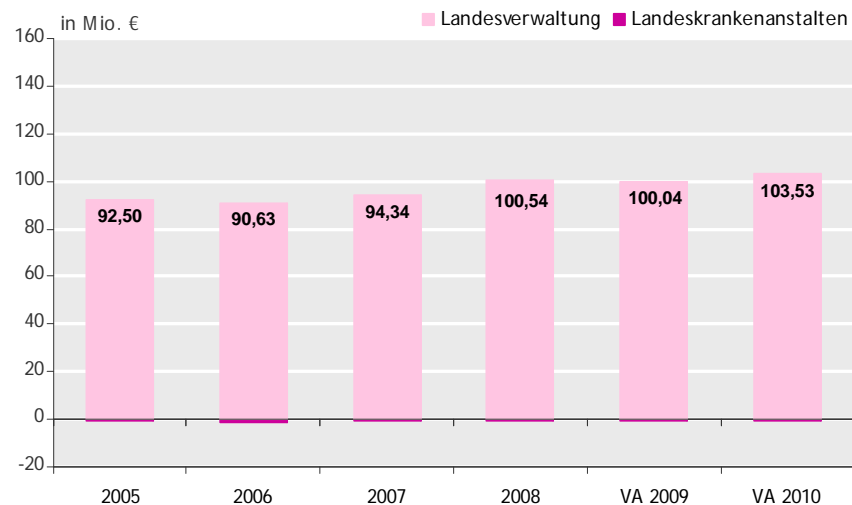


Abb. 17: Pensionen (ohne Landeslehrer) - Einnahmen und Ausgaben 2005-2010



Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Abb. 18: Nettoausgaben für Pensionen der Landesbediensteten 2005-2010



Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

Einnahmenseitig sind somit vor allem die Pensionsbeiträge<sup>6</sup> von Bedeutung. Insgesamt konnte das Land Steiermark im Jahr 2008 15,4 Mio. € an Pensionsbeiträgen innerhalb der Landesverwaltung einnehmen. Das sind um rund 2,5 % weniger als noch im Jahr 2005 (siehe Tab. 13). Die Nettoausgaben im Bereich Landesverwaltung beliefen sich daher im Jahr 2008 auf 100,5 Mio. €. Aufgrund der Rückersätze der KAGES entsprechen diese beinahe gänzlich den gesamten Nettolandesaussgaben für Pensionen.

Tab. 13: Einnahmen an Pensionsbeiträgen innerhalb der Landesverwaltung 2003-2008 laut Rechnungsabschlüssen des Landes Stmk

Rechnungsabschluss	RA 2003	RA 2004	RA 2005	RA 2006	RA 2007	RA 2008
Einnahmen an Pensionsbeiträgen	15,2 Mio. €	15,2 Mio. €	15,8 Mio. €	15,7 Mio. €	15,6 Mio. €	15,4 Mio. €

Quelle: Rechnungsabschlüsse und Voranschläge des Landes Steiermark

<sup>6</sup> Das Gehalt und allfällige Zulagen bilden gemäß § 261 Abs. 1 des Dienst- und Besoldungsrechtgesetzes der Landesbediensteten die Bemessungsgrundlage der Pensionsbeiträge.





## 4 BESCHÄFTIGTE IM ÖFFENTLICHEN BEREICH UND AUSGABEN DES STAATES

### 4.1 Unselbständige Beschäftigte im öffentlichen Bereich

#### 4.1.1 Begriffliche Abgrenzung und Beschäftigungsveränderung nach ÖNACE 2008 in der Steiermark

Zum öffentlichen Bereich zählen nach der Klassifizierung von ÖNACE 2008 zum *überwiegenden* Teil folgende Wirtschaftssektoren (O, P, Q):

***O 84 ÖFFENTLICHE VERWALTUNG, VERTEIDIGUNG,  
SOZIALVERSICHERUNG (KERNVERWALTUNG)***

- 841 Öffentliche Verwaltung
- 842 Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung
- 843 Sozialversicherung

***P 85 ERZIEHUNG UND UNTERRICHT***

- 851 Kindergärten und Vorschulen
- 852 Volksschulen
- 853 Weiterführende Schulen
- 854 Tertiärer und post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht
- 855 Sonstiger Unterricht
- 856 Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht

***Q 86-88 GESUNDHEITS- UND SOZIALWESEN***

- 861 Krankenhäuser
- 862 Arzt- und Zahnarztpraxen\*
- 869 Gesundheitswesen a.n.g.
- 871 Pflegeheime
- 872 Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u. Ä.
- 873 Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime
- 879 Sonstige Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)
- 881 Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter
- 889 Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime)

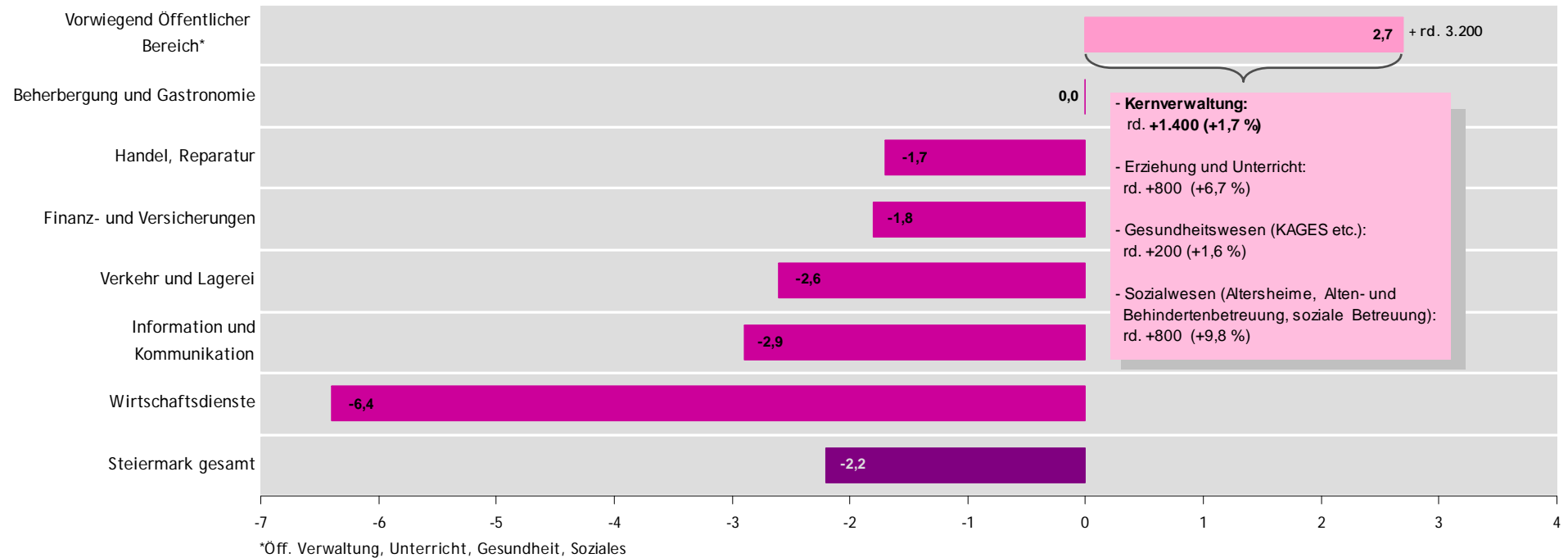
\* nicht öffentlich

*Quelle: Statistik Austria*

Folgende Abbildung (vgl. Abb. 19) zeigt die Beschäftigungsveränderung nach ausgewählten Wirtschaftsklassen. Während die Zahl der unselbständig Beschäftigten von 2008 auf 2009 steiermarkweit um insgesamt 2,2 % abnahm, verzeichnete der hier abgegrenzte, überwiegend öffentliche Bereich eine Beschäftigungszunahme von 2,7 %, wobei alleine in der ÖNACE - Klasse O bzw. 84, welche die öffentliche Verwaltung beinhaltet, etwa 1.400 Personen mehr als im Jahr 2008 beschäftigt waren. In der neuen ÖNACE 2008 - Klassifizierung ersetzt diese den ÖNACE 2003 Bereich L, welcher die so genannte Kernverwaltung beinhaltet. Laut Aiginger et. al (2010, S. 68) besteht die **Kernverwaltung** aus „Aufgaben, die der nicht-funktionsbezogenen allgemeinen Verwaltung, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Polizei, Justiz), der Verteidigung und der administrativen Tätigkeit in Sozialversicherungen zuzuordnen sind.“



Abb. 19: Beschäftigungsveränderung in der Steiermark 2008/2009 nach ausgewählten Wirtschaftsklassen



Quelle: HVSV, Arbeitsmarktdatenbank des AMS und des BMASK, JR-InTeReg.

Da sich die Anzahl der Beschäftigten in Arzt- und Zahnarztpraxen insgesamt von 2008 auf 2009 nur um 22 Personen verringerte,<sup>7</sup> ändert dies nichts am Gesamtergebnis der Darstellung der relativen Beschäftigungsveränderung. Weitere Abgrenzungen in Bezug auf den Verwaltungsbegriff (ibid.) sind folgende:

- **Gesamtverwaltung:** Dies sind Beamte oder Vertragsbedienstete, die in einer Einheit beschäftigt sind, welche nach dem ESVG (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) dem Staatssektor zugeordnet ist.

<sup>7</sup> Vgl. dazu: BALLweb - Ein Service des APF-Teams der Sektion VI/6 im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.



- **Allgemeine Öffentliche Verwaltung:** Darin enthalten sind alle Beschäftigten, die bei der COFOG (Classification of the Functions of Government) der Abteilung 1 (General Public Administration) zugerechnet werden.<sup>8</sup> Die Allgemeine öffentliche Verwaltung umfasst vorwiegend Dienste, die für die Organisation des Staatswesens anfallen und nicht an wirtschafts- oder sozialpolitische Ziele gebunden sind. Eine Zuordnung der Beschäftigten zum Bereich der Allgemeinen Öffentlichen Verwaltung nach COFOG bzw. der Gesamtverwaltung wird von Statistik Österreich nicht veröffentlicht. Im nächsten Abschnitt wird auf den Personalstand des Landes Steiermark sowie des Bundes eingegangen.

#### 4.1.2 Personalstand des Landes Steiermark

Tab. 14: Personalstand der Länder ohne Wien 2008

Bundesländer	Bedienstete	Einwohner	Bed./1000 Einw.	Ranking
Oberösterreich	29.686	1.409.123	21,1	1.
Salzburg	11.514	528.276	21,8	2.
Burgenland	6.459	282.172	22,9	3.
Tirol	17.889	702.063	25,5	4.
Vorarlberg	9.642	366.777	26,3	5.
Steiermark	34.174	1.206.206	28,3	6.
Kärnten	15.942	560.579	28,4	7.
Niederösterreich*	49.577	1.601.183	31,0	8.
<b>Länder ohne Wien</b>	<b>174.883</b>	<b>6.656.379</b>	<b>26,3</b>	

\* inklusive Bedienstete in Pensionisten- und Pflegeheime

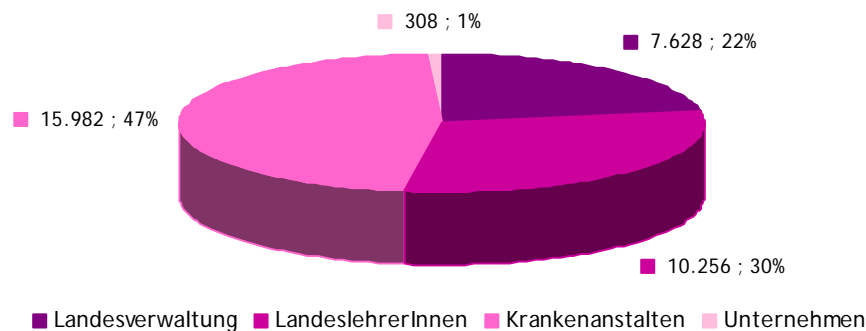
Quelle: Statistik Austria (2009)

Von den 34.174 Bediensteten des Landes Steiermarks wurden im Jahr 2008 (aktuellste Zahlen zum Zeitpunkt der Publikation) 9.329 Beamte, 24.646 Vertragsbedienstete und 199 sonstige Bedienstete registriert. Beim Bund waren vergleichsweise 86.913 Beamte (ohne Nachfolgesellschaften der Post) und 54.994 Vertragsbedienstete beschäftigt. Die meisten Bediensteten des Landes Steiermark, knapp die Hälfte sind in den Krankenanstalten anzutreffen, gefolgt von den Landeslehrern (30 %) sowie der Landesverwaltung (7.628 bzw. 22 %; hierzu zählen die Landesangestellten laut Rechnungsabschluss 2008 der Ausgabengruppen 0 bis 7 - vgl. RA 2008 des Landes Steiermark, 2. Teil, S. 366).

<sup>8</sup> Für eine detaillierte Auflistung siehe: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/oeffentliche\\_finanzen\\_und\\_steuern/oeffentliche\\_finanzen/staatsausgaben\\_nach\\_aufgabenbereichen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/staatsausgaben_nach_aufgabenbereichen/index.html)



Abb. 20: Landesbedienstete der Steiermark im Jahr 2008



Quelle: Statistik Austria

Von den 7.628 Bediensteten des Landes Steiermark waren 2008 4.391 Personen der Gruppe 0 „Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung“ zugerechnet. Beim Amt der Landesregierung waren 2.505 Personen, davon 1.253 Beamte beschäftigt. Bei den BHs inklusive der Baubezirksleitungen waren insgesamt 1.635 Personen registriert. Von 2006 bis 2008 ist der Personalstand am Amt der Landesregierung erheblich angestiegen (um 200 Personen!), während die BHs nahezu konstante Personalzahlen aufweisen. Tab. 15 zeigt die Entwicklung des Personalstands beim Amt der Landesregierung und den BHs, während Tab. 16 einen Gesamtüberblick des Personalstandes der Gruppe 0, „Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung“ bietet.

Tab. 15: Entwicklung des Personalstands beim Amt der Landesregierung sowie den BHs inklusive Baubezirksleitungen

	2006	2007	2008
<b>Amt der Landesregierung</b>	<b>2.303</b>	<b>2.401</b>	<b>2.505</b>
... davon Beamte	1.208	1.213	1.253
<b>BHs inklusive Baubezirksleitungen</b>	<b>1.630</b>	<b>1.639</b>	<b>1.635</b>
... davon Beamte	808	804	808

Quelle: Rechnungsabschlüsse des Landes Steiermark, Teil II



Tab. 16: Bedienstete des Landes Steiermark in der Gruppe 0 - Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung per 31.12.2009

Bezeichnung	Voll- u. Teilbeschäftigte Beamte 2008	Voll- u. teilbeschäftigte Vertragsbed. u. Sonstige	Summe	Stellenplan	Abweichung zum Stellenplan
Landtagsklubsekretariate	6	22	28	30	-2
Landtagsdirektion	6	5	11	12	-1
Landesrechnungshof	20	3	23	24	-1
<b>Amt der Landesregierung</b>	<b>1.232</b>	<b>1.477</b>	<b>2.709</b>	<b>2.140</b>	<b>+569</b>
Bezirkshauptmannschaften	609	761	1.370	1.224	+146
Baubezirksleitungen <sup>9</sup>	183	98	281	269	+12
Agrarbezirksbehörden	70	26	96	94,5	+1,5
Unabhängiger Verwaltungssenat für die Steiermark	30	17	47	42	+5
Handwerksbetrieb und Burggarten	3	9	12	13	-1
Steiermark-Büro in Brüssel	2	2	4	5	-1
Erholungsheim für Landesbedienstete Villa Barbara	0	1	1	6,5	-5,5
Erholungsheim für Landesbedienstete Moosheim bei Gröbming	0	7	7	6	+1
Betriebskantine	0	8	8	7,5	+0,5
Landeskindergarten	4	10	14	10	+4
<b>Summe Gruppe 0 - Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung</b>	<b>2.165</b>	<b>2.446</b>	<b>4.611</b>	<b>3883,5</b>	<b>+727,5</b>

Quelle: Rechnungsabschluss des Landes Steiermark 2009, Teil II, VZÄ gerundet

Die Abweichungen vom Stellenplan fallen insbesondere beim Amt der Landesregierung mit rund 25 % äußerst deutlich (2.709 statt der geplanten 2.140) aus. Das Personal der Baubezirksleitungen ist nicht mehr länger im Stellenplan der BHs enthalten, wodurch sich auch bei den BHs eine positive Abweichung von rund 146 Vollzeitäquivalenten bzw. 12 % zum Stellenplan (1.224 Personen) ergibt.

Alleine von 2008 auf 2009 ist der Personalstand am Amt der Landesregierung um 204 Personen bzw. VZÄ angeschwollen.

<sup>9</sup> Die Baubezirksleitungen sind zu den Bezirkshauptmannschaften zu zählen, da diese auch laut Stellenplan bei diesen aufscheinen.



## Beschäftigte nach ÖNACE 2008 - überwiegend öffentlicher Sektor im Bundesländervergleich

Tab. 17: Überwiegend im öffentlichen Sektor Beschäftigte nach ÖNACE-Klassifizierung

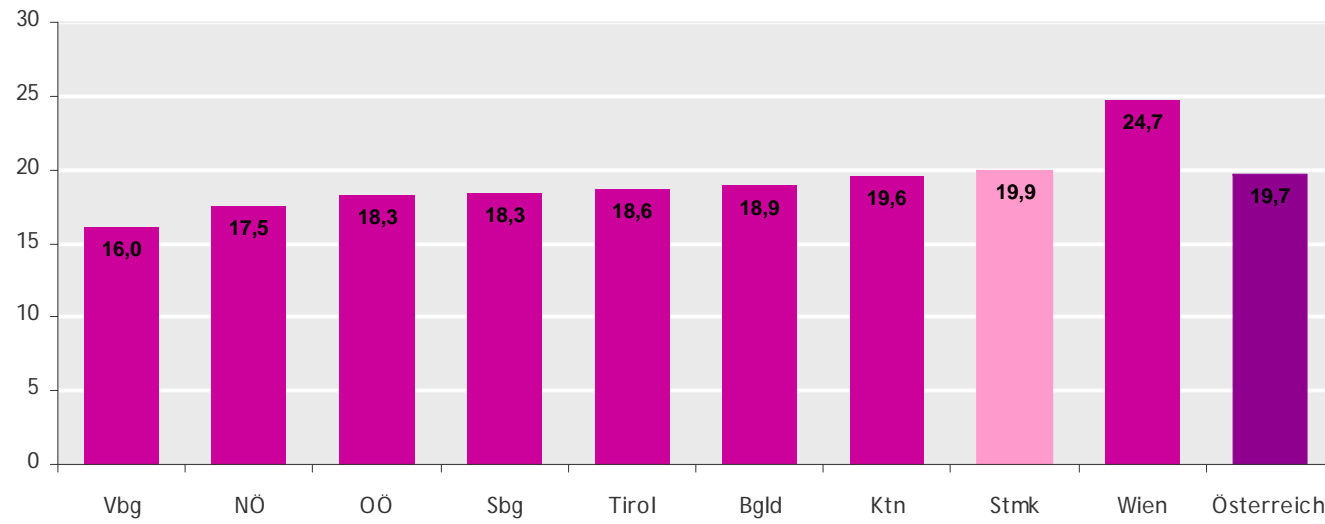
Bundesland	Einwohner	Erwerbspersonen	Beschäftigte (ÖNACE 84 - 88)		
			ÖNACE 84 - 88	je Erwerbsperson	je 100 Erwerbsperson
Vorarlberg	366.777	189.718	30.446	0,16	16,05
Niederösterreich	1.601.183	820.335	143.664	0,18	17,51
Oberösterreich	1.409.123	733.408	134.213	0,18	18,30
Salzburg	528.276	279.744	51.332	0,18	18,35
Tirol	702.063	365.794	68.146	0,19	18,63
Burgenland	282.172	142.060	26.839	0,19	18,89
Kärnten	560.579	272.809	53.540	0,20	19,63
Steiermark	1.206.206	607.038	120.821	0,20	19,90
Wien	1.680.170	841.368	207.589	0,25	24,67
Österreich	8.336.549	4.252.274	836.591	0,20	19,67

Quelle: Arbeitsmarktdatenbank des AMS

Tab. 17 zeigt die Entwicklung der unselbständig Beschäftigten im Bundesländervergleich, welche nach ÖNACE – 2-Stellern vorwiegend dem öffentlichen Bereich zugerechnet werden. Von zehn Erwerbspersonen sind in der Steiermark rund zwei Personen im öffentlichen Bereich beschäftigt. In Wien ist der Anteil bei knapp 25 %, am geringsten in Vorarlberg (vgl. Reihung in Abb. 21).



Abb. 21: Beschäftigte je 100 Erwerbsperson im öffentlichen Sektor (überwiegend) nach ÖNACE 2008 im Bundesländervergleich



Quelle: Arbeitsmarktdatenbank des AMS



## 5 HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN UND EINSPARUNGSPOTENTIAL

In Österreich ist der laufende Personal- und Sachaufwand in der Allgemeinen Öffentlichen Verwaltung mit 852 € je EinwohnerIn vergleichsweise hoch (cf. Aiginger et. al. 2010, S. 70; Rang 6 innerhalb der EU-15 Länder). In Deutschland etwa liegt dieser Wert bei rund 500 €. In Irland, das mit knapp über 4 Mio. EinwohnerInnen nur halb so stark bevölkert ist als Österreich, werden beispielsweise nur rund 600 € je EinwohnerIn ausgegeben. An der Spitze sind bei den Pro-Kopf-Ausgaben Schweden, Finnland sowie die Benelux-Länder zu finden. In diesen Ländern liegen die Ausgaben je EinwohnerIn jenseits der 1.000 € - Grenze. Die Effizienz des österreichischen Verwaltungsapparates wird im internationalen Vergleich als relativ eingestuft, jedoch sollten Länder wie Dänemark oder die Schweiz als Vorbilder betrachtet werden. Aiginger et. al. (ibid., S. 72) sehen in Österreich eine **langfristige Effizienzreserve** im System von bis zu 2 Mrd. €.

**Kurzfristige Einsparpotentiale** beim Personalaufwand werden von Aiginger, Androsch und Leitl (2010) im Bereich der allgemeinen öffentlichen Verwaltung – (COFOG Gruppe 1) – etwa unter der Voraussetzung, dass keine Stellen nachbesetzt werden – mit **150 Mio. € per annum** beziffert. Im Bereich des Sachaufwandes könnten kurzfristig jährliche Einsparungen von **70 Mio. €** durch „shared services“, d.h. die „verstärkte Kooperation bei der Produktion und Bereitstellung von öffentlichen Leistungen“ (ibid., S. 74) erzielt werden. Zur Erreichung dieses Zieles werden der Abbau rechtlicher sowie personenbezogener (Egoismen der politischen Entscheidungsträger) Hindernisse zur interkommunalen Kooperation gesehen.

Im **Landeshaushalt Steiermark** ist für 2009 ein Personalaufwand im Bereich der Landesverwaltung (Posten 5555; exkl. Reisegebühren) von **220,37 Mio. €** budgetiert. Eine Einsparung von 5 % würde für die Steiermark eine Kostenreduktion um **rund 11 Mio. €** zur Folge haben.

### 5.1 Handlungsmöglichkeiten

Unter Berücksichtigung der vorangegangenen Analyse des steirischen Landeshaushaltes, des Pressegesprächs vom 03. Mai „Wege zur Konsolidierung des Staatshaushalts“ (Aiginger, Androsch und Leitl 2010) sowie der WIFO-Studie ergeben sich folgende **Handlungsmöglichkeiten** für das Land Steiermark:

- Das Projekt **Aufgabenkritik in der öffentlichen Verwaltung** sollte im Land Steiermark fortgeführt werden. Mit einem Einsparungsszenario von 25 % werden darin die wichtigsten 75 % des Leistungsspektrums definiert. Diese bleiben von etwaigen Einsparungen unberührt. Trotz erster Schritte in die richtige Richtung scheint der politische Wille sowie ein klares und vor allem glaubwürdiges Bekenntnis zu Reformen auf Basis der Ergebnisse nach wie vor zu fehlen.
- Eine bessere **Wahrnehmung der Servicefunktion** in der öffentlichen Verwaltung (bürgernähere, schlankere sowie effizientere Dienstleistungen) ist erforderlich.





- Die **Bündelung, Ausgliederung oder Privatisierung von Leistungen** sollte angedacht werden. Leistungen, die ausgegliedert werden sollten, müssten dahingehend geprüft werden, ob diese kostengünstiger Erbracht werden können. Laut Prof. Gerhard Strejcek (2010) sind etwa Anlagengenehmigungen sind hingegen fast immer zivilrechtlicher Natur und gehören daher aus der Allgemeinen öffentlichen Verwaltung ausgeschieden.
- **Interne Kontrollsysteme (IKS)** bzw. eine gezielte Kostenanalyse (langfristiger Prozess)<sup>10</sup> sollten eingeführt werden. Die IKS im öffentlichen Sektor werden wie folgt definiert: *„Die Interne Kontrolle ist ein in die Arbeits- und Betriebsabläufe einer Organisation eingebetteter Prozess, der von den Führungskräften und den Mitarbeitern durchgeführt wird, um bestehende Risiken zu erfassen und zu steuern und mit ausreichender Gewähr sicherstellen zu können, dass die betreffende Körperschaft im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgabenstellung die folgenden allgemeinen Ziele erreicht: a) Sicherstellung ordnungsgemäßer, ethischer, wirtschaftlicher, effizienter und wirksamer Abläufe b) Erfüllung der Rechenschaftspflicht c) Einhaltung der Gesetze und Vorschriften d) Sicherung der Vermögenswerte vor Verlust, Missbrauch und Schaden.“* Die Einführung von IKS bietet folgende Vorteile:
  - IKS schafft Transparenz in den Abläufen und schafft damit Sicherheit,
  - Kontrollen werden auf wesentliche Risiken ausgerichtet,
  - Weniger Fehler in Prozessen, mehr Sicherheit und mehr Effizienz,
  - Prozesse, Ziele, Risiken und Kontrollen sind für die Führungskräfte und Mitarbeiter nachvollziehbar, verständlicher - transparenter,
  - Arbeitsabläufe und Organisationshilfsmittel werden verbessert,
  - Prozesse lassen sich zielgerichteter und systematischer steuern,
  - Risiko von Missbrauch und Betrug wird eingeschränkt,
  - Überwachung und Aufsicht wird effizienter.
- Ein **Wirkungsorientiertes Verwaltungskonzept** nach dem Vorbild Oberösterreichs sollte etabliert werden (vgl. WOV 2015 und WOV 2021<sup>11</sup>). In diesem definiert sich das *„Dienstleistungsunternehmen Land Oberösterreich als lernende Verwaltung“*. Sieben Kernbereiche wurden darin festgelegt: Wirkungsorientierung (Wirkungen, Aufgaben festlegen, prüfen usw.), Kundenorientierung, Planung und Steuerung, Ergebnis- u. Ressourcenverantwortung, Mitarbeiterorientierung, Wettbewerb, Strukturen und Abläufe.

---

<sup>10</sup> Siehe dazu insbesondere: Gastinger, K. (2010)

<sup>11</sup> Vgl. Land Oberösterreich (2010)



Abb. 22: Auszug aus dem WOV 2021

## WIRKUNGEN UND QUALITÄT FÜR UNSERE BÜRGERINNEN UND BÜRGER:

### 1. Entwicklungsfeld „Wirkungsorientierung“

#### Wir wollen Wirkungen erreichen und nicht nur Aufgaben erledigen (100)

- Die Wirkungen in der Gesellschaft und die Erfordernisse für die Bürgerinnen und Bürger und die Allgemeinheit stehen im Zentrum unseres Handelns; damit dient unser Handeln nicht nur dem Prinzip der Ordnungsgemäßheit, sondern auch der Erzielung von Wirkungen. (101)
- Wir bekennen uns zur politischen Verantwortung für die Gestaltung von Wirkungen in der Gesellschaft, für die Prioritätenreihung und die Beurteilung der Finanzierbarkeit unseres Leistungsangebotes. In regelmäßigen Abständen definieren wir Wirkungsziele und planen, steuern und beurteilen deren Erreichung. (102)
- Das Ausmaß und die Intensität unseres Handelns hat in ausgewogenem Verhältnis zu den angestrebten Wirkungen zu stehen und ist durch die erreichten Wirkungen zu rechtfertigen. (103)
- Wir fördern die Auseinandersetzung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Wirkungen ihres (staatlichen) Handelns. (104)

#### Wir konzentrieren uns auf die Kernaufgaben der Verwaltung (120)

- Wir konzentrieren uns auf jene Aufgaben, die im Sinne eines dem Subsidiaritätsprinzip verpflichteten und funktionierenden Gemeinwesens gewährleistet werden müssen (Kernaufgaben). (121)
- Soweit Kernaufgaben nicht unmittelbar von uns angeboten werden müssen, gewährleisten wir diese Aufgaben zur vereinbarten Qualität
  - durch private Anbieterinnen und Anbieter, die die Aufgaben zumindest wirtschaftlich gleichwertig erfüllen,
  - durch Ausgliederung, den Einsatz von „Contracting-Out“ oder „Public Private Partnership-Modellen“, wobei im Einzelfall nach den Kriterien der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit entschieden wird. (122)
- Wir nehmen Einfluss bei der Rechtsetzung und prüfen regelmäßig die bestehenden Rechtsvorschriften auf Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Leistungsangebotes. (123)

Quelle: WOV 2021

- Die Doppik analog zur Bundeshaushaltsrechtsreform sollte eingeführt werden und damit eine Orientierung an internationalen Rechnungslegungsstandards erfolgen.

Exkurs zur Bundeshaushaltsverordnung 2013 - BHV 2013 - § 58 (3):

- „Die Konten für die Ergebnis- und Vermögensrechnung sind nach der doppelten Buchführungsmethodik (mit den Seiten Soll und Haben) zu führen. Die Verrechnung hat jeweils durch Buchung und Gegenbuchung zu erfolgen“



- Zu den Vorteilen der Doppik zählen insbesondere: (1) Die Doppik ist *leistungswirtschaftlich* orientiert und liefert Erkenntnisse über den Ressourcenverbrauch und das Ressourcenaufkommen einer Periode<sup>12</sup>, (2) dem „*accrual principle*“ wird Rechnung getragen: Ein- und Auszahlungen werden nicht zum Zeitpunkt ihres Zu- oder Abflusses erfolgswirksam erfasst (also nicht ereignisorientiert), sondern den Perioden zugeordnet, denen sie wirtschaftlich zuzuordnen sind, (3) dies ermöglicht eine Erweiterung um *Abschreibungen und Rückstellungen* sowie passive und aktive *Rechnungsabgrenzungsposten*, (4) erfolgt die Darstellung und Veränderung des Vermögens sowie der Schulden über die *Bilanz* und (5) wird die Ermittlung von *Finanzkennzahlen* erleichtert.

Tab. 18: Gegenüberstellung von Doppik und Kameralistik<sup>13</sup>

Kameralistik	Doppik
Die Kameralistik dokumentiert zahlungswirksame Vorgänge innerhalb eines laufenden Haushaltsjahres und ermöglicht einen Soll-Ist-Vergleich zwischen der Planung und Ausführung der öffentlichen Haushalte. Sie gibt jedoch keine Auskunft über die tatsächliche Entwicklung des sachlichen und finanziellen Vermögens und liefert keine Informationen zum faktischen Ressourcenverbrauch. Beispielsweise werden Pensionen für Beamtinnen und Beamte, die ihre Ansprüche im Laufe Ihrer aktiven Tätigkeit für die Kommune erlangen, im kameralen Haushalt erst zum Zeitpunkt der Auszahlung haushaltswirksam. Eine Berücksichtigung in den Jahren des Entstehens der Ansprüche erfolgt nicht.	Die Doppik, das kaufmännische Rechnungswesen mit doppelter Buchführung, bildet durch die periodengenaue Gegenüberstellung von Ertrag und Aufwand den Ressourcenverbrauch ab. <b>Sie weist sowohl Vermögen als auch Schulden in einer Bilanz aus. Die Doppik schafft somit Transparenz</b> und trägt dem Ziel der Generationengerechtigkeit Rechnung. Die Ansprüche auf Pensionsleistungen werden dabei über die aufwandsrelevante Erhöhung der Pensionsrückstellungen in den Jahren dargestellt, in denen sie tatsächlich entstehen.

Quelle: Bertelsmannstiftung und KGSt (2010)

Transparente Budgetstrukturen sind die Grundvoraussetzung für weitere Reformelemente. Zudem sollte langfristig die Erfüllung der **IPSAS** (International Public Sector Accounting Standards) entsprechend den Standards im privatwirtschaftlichen Bereich (IFRS) angestrebt werden.

- **Personalausgaben** im Bereich des Amtes der Landesregierung und der Bezirkshauptmannschaften sollten nicht weiter steigen, sondern vorerst zumindest auf jetzigem Niveau **eingefroren werden!**
- Über eine **Verkleinerung des Landtages** sollte diskutiert werden.

<sup>12</sup> Vgl.: [http://www.kpmg.at/de/files/Haushaltskonsolidierung\\_und\\_Doppik\\_2006.pdf](http://www.kpmg.at/de/files/Haushaltskonsolidierung_und_Doppik_2006.pdf)

<sup>13</sup> Vgl.: [http://doppikvergleich.de/uploads/tx\\_jpddownloads/projektbroschuere\\_01.pdf](http://doppikvergleich.de/uploads/tx_jpddownloads/projektbroschuere_01.pdf) - Eine Broschüre der Bertelsmannstiftung und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) in Köln.



## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1: Staatsausgaben in Prozent des BIP.....	5
Abb. 2: Struktur der Bruttoverwaltungs Ausgaben - Entwicklung 2005-2010* .....	8
Abb. 3: Struktur der Bruttoverwaltungs Ausgaben 2008 (Anteile in Prozent) .....	8
Abb. 4: Bruttoausgaben für den Landtag und die Landesregierung 2005-2010 .....	11
Abb. 5: Struktur der Bruttoausgaben für die Obersten Organe 2005-2010 im Detail .....	11
Abb. 6: Obersten Organe - Einnahmen und Ausgaben 2005-2010.....	13
Abb. 7: Nettoausgaben für die Obersten Organe 2005-2010 .....	13
Abb. 8: Personalaufwand Amt der Landesregierung (exkl. Reisegebühren und zugewiesene Bedienstete) in Mio. € .....	16
Abb. 9: Amt der Landesregierung - Anteil des Personalaufwandes (exkl. Reisegebühren und zugewiesene Bedienstete) an den Gesamtausgaben .....	16
Abb. 10: Amt der Landesregierung - Entwicklung der Nettoausgaben (Ausgaben minus Einnahmen) in Mio. € .....	17
Abb. 11: BHs - Entwicklung der Nettoausgaben in Mio. €.....	20
Abb. 12: Bruttoausgaben für sonstige Verwaltungsaufgaben und Sonderämter 2005-2010.....	21
Abb. 13: Struktur der Bruttoausgaben für die sonstige Verwaltung 2005-2010 im Detail .....	21
Abb. 14: Sonstige Verwaltung - Einnahmen und Ausgaben 2005-2010 .....	22
Abb. 15: Nettoausgaben für die sonstige Verwaltung .....	22
Abb. 16: Struktur der Bruttoausgaben für Pensionen der Landesbediensteten 2005-2010 .....	23
Abb. 17: Pensionen (ohne Landeslehrer) - Einnahmen und Ausgaben 2005-2010 .....	24
Abb. 18: Nettoausgaben für Pensionen der Landesbediensteten 2005-2010.....	24
Abb. 19: Beschäftigungsveränderung in der Steiermark 2008/2009 nach ausgewählten Wirtschaftsklassen .....	26
Abb. 20: Landesbedienstete der Steiermark im Jahr 2008 .....	28
Abb. 21: Beschäftigte je 100 Erwerbsperson im öffentlichen Sektor (überwiegend) nach ÖNACE 2008 im Bundesländervergleich .....	31
Abb. 22: Auszug aus dem WOV 2021 .....	34



## TABELLENVERZEICHNIS

Tab. 1: Struktur und Entwicklung der Staatsausgaben in Österreich von 2006 bis 2009 (in Mio. €).....	6
Tab. 2: Ausgaben für Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung 2008 - Steiermark und Oberösterreich im Vergleich .....	7
Tab. 3: Veränderung der Bruttoausgaben von 2005 auf 2010 .....	9
Tab. 4: Übersicht der Bruttoausgaben für den steirischen Landtag 2005-2010 .....	12
Tab. 5: Übersicht der Bruttoausgaben für die steirische Landesregierung 2005-2010 .....	12
Tab. 6: Amt der Landesregierung - Ordentliche Bruttoausgaben.....	14
Tab. 7: Amt der Landesregierung - Gesamtausgaben .....	14
Tab. 8: Amt der Landesregierung - Ausgaben für Allgemeine Angelegenheiten in Mio. € .....	15
Tab. 9: Amt der Landesregierung - Entwicklung der Einnahmen in Mio. €.....	17
Tab. 10: BHs - Entwicklung der Bruttoausgaben .....	18
Tab. 11: BHs - Entwicklung der Personalausgaben in Mio. € .....	19
Tab. 12: Ordentliche Einnahmen der BHs in Mio. € .....	19
Tab. 13: Einnahmen an Pensionsbeiträgen innerhalb der Landesverwaltung 2003-2008 laut Rechnungsabschlüssen des Landes Stmk.....	24
Tab. 14: Personalstand der Länder ohne Wien 2008.....	27
Tab. 15: Entwicklung des Personalstands beim Amt der Landesregierung sowie den BHs inklusive Baubezirksleitungen.....	28
Tab. 16: Bedienstete des Landes Steiermark in der Gruppe 0 - Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung.....	29
Tab. 17: Überwiegend im öffentlichen Sektor Beschäftigte nach ÖNACE-Klassifizierung .....	30
Tab. 18: Gegenüberstellung von Doppik und Kameralistik .....	35



## QUELLENVERZEICHNIS

AMS Arbeitsmarktdatenbank: <http://iambweb.ams.or.at/>

Aiginger, Androsch, Leitl (2010): Pressegespräch am 03. Mai über „Wege zur Konsolidierung des Staatshaushalts“

Aiginger et. al. (2010): „Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich“, Publikation des WIFO, Feb. 2010.

Bertelsmann Stiftung & KGSt (2008): „Zukunftsfähiges Wirtschaften in einem demokratischen Gemeinwesen auf der Basis vergleichbarer doppischer Haushalte“, siehe: [http://doppikvergleich.de/uploads/tx\\_jdownloads/projektbrochure\\_01.pdf](http://doppikvergleich.de/uploads/tx_jdownloads/projektbrochure_01.pdf)

BALIweb - Ein Service des APF-Teams der Sektion VI/6 im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: <http://www.dnet.at/bali/>

Essl und Höllmüller (2006): „Haushaltskonsolidierung und Doppik“, eine Publikation der KPMG Österreich, siehe: [http://www.kpmg.at/de/files/Haushaltskonsolidierung\\_und\\_Doppik\\_2006.pdf](http://www.kpmg.at/de/files/Haushaltskonsolidierung_und_Doppik_2006.pdf)

Gastinger, K. (2010): „IKS im öffentlichen Sektor: Transparenz schafft Sicherheit“; Vortrag im Rahmen der Public Brunch-Reihe der Kommunalkredit und PWC in Graz am 19. Mai 2010.

Huemer & Schimpel (2010): „Finanzierung im öffentlichen Bereich: Grundlagen PPP-Modelle“ Vortrag beim Public Brunch in Innsbruck/Igls, vom 09.06.2009 der Kommunalkredit: [http://www.kommunalkredit.at/uploads/publicbrunch\\_huemer\\_schimpel\\_2993\\_DE.pdf](http://www.kommunalkredit.at/uploads/publicbrunch_huemer_schimpel_2993_DE.pdf)

Land Oberösterreich: Rechnungsabschluss des Landes Oberösterreich 2008: [http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xchg/SID-BBA9037F-A9FF47A9/ooe/hs.xsl/12162\\_DEU\\_HTML.htm](http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xchg/SID-BBA9037F-A9FF47A9/ooe/hs.xsl/12162_DEU_HTML.htm), Mai 2010.

Land Oberösterreich (2010): „WOV 2021: Das langfristige Management und Unternehmenskonzept des Landes Oberösterreich für eine Wirkungsorientierte Landesverwaltung“.

Land Steiermark: Landesrechnungsabschlüsse der Steiermark 2005-2008: <http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/9627/DE/>, Mai 2010.

Land Steiermark: Doppelbudget des Landes Steiermark 2009/2010: <http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/37274200/DE/>, Mai 2010.

Statistik Austria (2009): Gebarungen und Sektor Staat, Teil II



Statistik Austria (2010): COFOG - Ausgabengruppen/Staatsausgaben in Prozent des BIP

Strejcek, G. (2010): „Gemeindeverwaltung - teuer und nutzlos“, in: der Standard Druckausgabe vom 16. Mai.

The Economist (2010): „Stop! The backlash against big government“, Leitartikel, SS. 9-10 von der Druckausgabe der Zeitschrift vom 23. Jänner 2010.

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Durchführung des Bundeshaushaltsgesetzes (Bundeshaushaltsverordnung 2013 - BHV 2013)